

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen 21. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich acht Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute wieder ein Geburtstagskind. Seinen **Geburtstag** feiert heute Herr Holger Ellerbrock. Er wird 58 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Nachwahl einer Schriftführerin beziehungsweise eines Schriftführers des Landtags Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1166

Eine Debatte ist hierzu nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung über den **Wahlvorschlag**, der Ihnen in **Drucksache 14/1166** vorgelegt worden ist. Wer ist damit einverstanden? – Wer ist dagegen? – Wer Enthalt sich? – Damit ist dieser Wahlvorschlag einstimmig **angenommen**. Herr Becker ist als neuer Schriftführer gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1000

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2005 bis 2009

Vorlage 14/190

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006

erste Lesung

Zur **Einbringung** der Gesetzentwürfe erteile ich zuerst dem Finanzminister, Herrn Dr. Linssen, das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Ihnen liegt der Haushaltsentwurf für das Jahr 2006. Es ist der erste Haushalt der neuen Landesregierung. Mit diesem Haushalt steuern wir um und stellen die Weichen in Richtung Zukunft. Der Haushaltsentwurf ist von vier Grundsätzen geprägt:

Erstens. Haushaltskonsolidierung hat höchste Priorität für die Gestaltung unserer Zukunft. Wir sind verpflichtet, den nachfolgenden Generationen finanzielle Handlungsspielräume zurückzugeben und zu erhalten.

Zweitens. Haushaltskonsolidierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir brauchen künftig eine Kultur des Verzichts. Nahezu jede Bürgerin und jeder Bürger wird von Kürzungen betroffen sein. Die Kürzungen sind schmerzhaft. Aber wir haben alles daran gesetzt, die Belastungen gerecht zu verteilen.

Drittens. Haushaltskonsolidierung ist Aufgabe der gesamten Regierung und des Parlaments. Dahinter müssen viele, auch viele berechnete Ressortinteressen zurückstehen.

Viertens. Haushaltskonsolidierung erfordert Ehrlichkeit. Auf Dauer bringen wir den Landeshaushalt nur in Ordnung, wenn wir unsere Einnahmen und Ausgaben realistisch kalkulieren. Haushaltstricks mit schön gefärbten Zahlen gehören der rot-grünen Vergangenheit an. Das ist vorbei!

(Beifall von CDU und FDP)

Die öffentliche Verschuldung in Deutschland hat inzwischen ein gewaltiges Ausmaß angenommen. Zum 31. Dezember 2005 belief sich der Schuldenstand aller öffentlichen Gebietskörperschaften auf knapp 1,5 Billionen €. Auf Nordrhein-Westfalen entfielen davon 112,2 Milliarden €. Der Schuldenstand des Landes stieg allein in den letzten fünf Jahren um 42 %, meine Damen und Herren. Dank historisch niedriger Zinsen können wir von Glück

Meine Damen und Herren, ich bin meinen Ressortkolleginnen und -kollegen dankbar, dass sie mit ihren Sparbeiträgen, die sie im Jahre 2006 leisten werden, das gemeinsame Ziel unterstützen. Mir ist bewusst, dass das nicht immer einfach ist. Umso mehr habe ich mich über die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit gefreut.

Das Ziel, am Ende der Legislaturperiode einen Haushalt vorzulegen, der die Kreditverfassungsgrenze einhält, muss auch das Anliegen aller Abgeordneten sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie vertreten die Interessen der Menschen, und für die Menschen ist es gut, wenn Haushalte wieder Spielräume bieten, wenn wirklich nachhaltige Finanzpolitik praktiziert wird.

Die Landesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten, indem sie die Konsolidierungslinie konsequent weiterverfolgt. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Finanzminister. - Ich gebe nun das Wort an Herrn Innenminister Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Landesregierung lege ich den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2006 vor. Der Gesetzentwurf schafft die notwendigen Rechtsgrundlagen für die Finanzmittel, die den Gemeinden, Kreisen und Landschaftsverbänden im Jahre 2006 aus der Landeskasse zugewiesen werden sollen. Die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Jahres 2006 sind sowohl für den Landeshaushalt als auch für viele kommunale Haushalte schwierig.

Herr Kollege Linssen hat eindrucksvoll belegt, mit welchen Problemen der Landeshaushalt in diesem Jahre fertig werden muss. Vergleichbaren Schwierigkeiten sind auch die Haushalte vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen ausgesetzt. Die Lage der Kommunalfinanzen ist nach wie vor sehr angespannt. Darüber habe ich Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bereits detailliert im Kommunalfinanzbericht vom November 2005 informiert.

Es gibt aber auch eine erfreuliche Entwicklung im Jahre 2005: Das Gewerbesteueraufkommen stieg 2005 gegenüber dem Vorjahr um 13,7 % auf rund 8 Milliarden €. Damit setzte sich die Aufwärtsentwicklung bei der Gewerbesteuer fort, die bereits im Jahr 2004 zu verzeichnen war.

Aber trotz dieser positiven Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens können die Einnahmen der Kommunen ihre Ausgaben im Jahre 2005 nicht decken. Einschließlich der Fehlbeträge aus Vorjahren tragen die Kommunen im Jahr 2006 eine Fehlbetragslast von 11,8 Milliarden € vor sich her, die in den kommenden Jahren abgebaut werden muss. Entsprechend kritisch ist die Liquiditätslage der Kommunen. Das Kassenkreditvolumen erreichte am 30. September 2005 mit rund 10,2 Milliarden € einen neuen Höchststand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese angespannte Finanzlage der Kommunen war Ausgangspunkt der Landesregierung bei der Konzeption des kommunalen Finanzausgleichs für das Jahr 2006. Mit den Leistungen, die der Entwurf des GFG 2006 vorsieht, schöpft das Land unter den gegebenen Rahmenbedingungen seine finanziellen Möglichkeiten voll aus. Ohne Wenn und Aber kommt das Land seiner Verpflichtung aus Art. 79 der Landesverfassung nach, im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten. Klar ist, dass angesichts der schwierigen Finanzlage des Landes finanzielle Wohltaten nicht erwartet werden können. Umso wichtiger ist es, dass die Landesregierung den kommunalen Finanzausgleich mit diesem Gesetzentwurf auf seine wesentlichen Funktionen konzentriert und für die Gemeinden des Landes bereits eine Reihe positiver Veränderungen einleitet.

Zugleich werden damit die Ziele des Koalitionsvertrages umgesetzt. Bereits mit dem ersten GFG, das die neue Landesregierung vorlegt, werden diese Ziele erreicht. Meine Damen und Herren, das GFG ist transparenter, es ist gerechter. Dieses GFG macht den kommunalen Finanzausgleich planbarer als seine Vorgänger.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir erreichen diese Ziele durch folgende Maßnahmen: Wir halten den Verbundsatz von 23 % trotz der schwierigen Haushaltslage des Landes. Wir machen den kommunalen Finanzausgleich durch die Festlegung eines neuen Referenzzeitraumes für die Steuereinnahmen planbarer. Wir machen Schluss mit neuen Kreditierungen und Abrechnungen. Wir stellen über 85 % des Steuerverbundes als freie Deckungsmittel zur Verfügung und stärken damit die kommunale Selbstverwaltung. Wir reduzieren die Befrachtungen um rund 50 %. Wir dotieren die Schulpauschale ungekürzt mit 460 Millionen € und die Sportpauschale erstmals mit 50 Millionen €. Damit setzen wir einen

Schwerpunkt für Investitionen in den Bereichen Schule und Sport.

Wir überführen die Zweckzuweisungen in den Landeshaushalt und konzentrieren damit den Finanzausgleich auf seine Ausgleichsfunktion. Schließlich verzichten wir auf ein neues Solidarbeitragsgesetz.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat – Kollege Linssen hat es schon angedeutet – durch die Umstellung des Referenzzeitraumes für die Steuereinnahmen, die in den Steuerverbund fließen, einen bedeutenden Systemwechsel eingeleitet. Ab sofort werden zur Ermittlung der Verbundgrundlagen die exakt bekannten Steuerlsteinnahmen in einem zurückliegenden Zeitraum zugrunde gelegt. Für das GFG 2006 sind das die Steuereinnahmen vom 1. Oktober 2004 bis zum 30. September 2005. Die Wahl dieser Referenzperiode erfolgt dabei im Interesse der Kommunen so zeitnah wie möglich zum Haushaltsjahr, um eine Beteiligung der Kommunen an der jeweils tatsächlichen Entwicklung der Steuereinnahmen zu gewährleisten.

In der Vergangenheit wurde der Steuerverbund zunächst durch eine Prognose künftiger Steuereinnahmen vorläufig bestimmt. Die teilweise erheblichen Abweichungen in der tatsächlichen Entwicklung machten dann ein aufwendiges und kompliziertes Abrechnungsverfahren erforderlich. Durch die Systemumstellung entfällt ab dem Jahr 2008 endgültig dieses Abrechnungsverfahren mit den bisher unter anderem durchzuführenden fiktiven Berechnungen früherer Steuerverbünde. Kreditierungen aufgrund von unerwarteten Steuermindereinnahmen des Steuerverbundes erübrigen sich damit.

Perspektivisch wird der kommunale Finanzausgleich durch diese Systemumstellung nicht nur besser planbar, sondern die Transparenz wird deutlich erhöht und das Verwaltungsverfahren wird erheblich vereinfacht.

Ich komme zum Abbau bei der Befrachtung des Steuerverbundes. Seit dem Jahr 2001 ist der Steuerverbund in Höhe von 158,5 Millionen € befrachtet im Zusammenhang mit der Übernahme des Straßenbaus von den Landschaftsverbänden in die Zuständigkeit des Landes. Damit wurde die Kostenverlagerung zulasten des Landes ausgeglichen. Mit diesem Gesetzentwurf wird diese auf Dauer angelegte Befrachtung des Steuerverbundes aufgegeben und bei der Verbundsatzfestlegung berücksichtigt. Insgesamt werden die Befrachtungen damit um rund 50 % zurückgeführt.

Das ist ein Beitrag zu mehr Klarheit und Ehrlichkeit im Steuerverbund.

Ein weiterer Schritt zu mehr Transparenz ist im Bereich der zweckgebundenen Zuweisungen erfolgt. Die sogenannten Zweckzuweisungen, zum Beispiel für Stadterneuerung und Kulturförderung, werden ab sofort nicht mehr im GFG veranschlagt, sondern dort, wo sie schon lange hingehören, nämlich im originären Landeshaushalt. Die bisherigen Zweckzuweisungen finden Sie in Höhe der Ansätze 2005 von zusammen rund 176 Millionen € in den Einzelplänen der jeweiligen Ressorts. Bitte beachten Sie bei Vergleichen des GFG 2006 mit den früheren GFG diese strukturellen Veränderungen.

Damit konzentriert der Entwurf des GFG 2006 den Finanzausgleich auf seine ureigenen Aufgaben, auf seine Ausgleichs- und Aufstockungsfunktionen. Die Lenkungsfunktion geht damit zu einem großen Teil wie bei allen anderen bereits im Landeshaushalt etatisierten zweckgebundenen Zuweisungen auf den originären Landeshaushalt über.

Die bei den entsprechenden Titeln im Steuerverbund bis Ende 2005 aufgelaufenen Ausgabereste verbleiben übrigens titelscharf im Steuerverbund und können dort von den zuständigen Ressorts weiterhin der bisherigen Zweckbestimmung entsprechend bis zur endgültigen Abwicklung nach den steuerverbundrelevanten Regelungen bewirtschaftet werden.

Schließlich hat die Landesregierung im Zusammenhang mit der Aufstellung des GFG 2006 beschlossen, auf einen Entwurf für ein Solidarbeitragsgesetz 2006 zu verzichten. Sie hält es aufgrund veränderter Rahmenbedingungen weder für möglich noch für gerechtfertigt, landesgesetzlich den interkommunalen Ausgleich des gemeindlichen Teils an den Beiträgen zu den Einheitslasten erneut so wie bisher zu regeln.

Zunächst ist festzuhalten, dass die bisherige Regelung nicht abgeschafft wird. Die Solidarbeitragsgesetze waren wie die Gemeindefinanzierungsgesetze Jahressgesetze, die planmäßig außer Kraft treten.

Nun ist behauptet worden, die Landesregierung verletze den Vertrauensschutz, wenn sie keinen Entwurf für ein Solidarbeitragsgesetz 2006 vorlegte.

Dieser Vorwurf ist unbegründet, meine Damen und Herren. Prinzipiell kann es bei Gesetzen, die der Jährlichkeit unterliegen, keinen Vertrauensschutz auf das Fortbestehen entsprechender Re-

gelungen über das Außer-Kraft-Treten des Gesetzes hinaus geben.

Außerdem bestehen im vorliegenden Fall für den Landesgesetzgeber weder verfassungsrechtliche Verpflichtungen, überhaupt Regelungen zu treffen, noch verfassungsrechtlich verpflichtende Vorgaben, wie diese Regelungen auszugestalten sind. Der kommunale Solidarbeitrag wurde und wird auf der Grundlage des Gemeindefinanzreformgesetzes über die erhöhte Gewerbesteuerumlage erbracht, die nach diesem Bundesgesetz den Ländern zufließt. Daran ändert sich auch in Zukunft nichts.

Das Gemeindefinanzreformgesetz überlässt es dabei eindeutig den Ländern, ob und in welchem Umfang eine Feinabstimmung im Hinblick auf das Anteilsverhältnis an den Steuereinnahmen zwischen dem Land und seinen Kommunen insgesamt vorgenommen wird. Es gibt also keinerlei rechtliche Verpflichtung für das Land, ein Solidarbeitragsgesetz zu beschließen.

Ich weise zudem darauf hin, dass es auch keine Rückwirkung gibt. Sie finden in § 34 des vorliegenden Gesetzentwurfs die endgültige Festsetzung des Solidarbeitrages und des auszugleichenden Solidarbeitrages nach dem Solidarbeitragsgesetz 2004. Eine entsprechende Regelung wird das GFG 2007 für das Solidarbeitragsgesetz 2005 enthalten. Für die Vergangenheit ändert sich also nichts, meine Damen und Herren.

Neu ist allerdings, dass die bisherige Spitzberechnung nun nicht mehr erfolgt, weil die Voraussetzungen dafür entfallen sind.

Zum einen lässt sich die Annahme, nur die Zahlungen für den Länderfinanzausgleich als Einheitslasten zu bestimmen, wegen der Entwicklung seit 1995 nicht mehr aufrechterhalten. In den vergangenen Jahren haben sich unter anderem die Relationen zwischen den Ländern erheblich verschoben. Ohne die Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich wäre Nordrhein-Westfalen vermutlich sogar Empfänger von Zahlungen im Finanzausgleich.

Zum anderen erfordert die Ermittlung der Kompensationsverluste des Landes Nordrhein-Westfalen nach Übernahme der Annuitätsleistungen für den Fonds Deutsche Einheit durch den Bund eine Rückrechnung des aktuellen Länderfinanzausgleichs auf die Berechnungsbasis vor 2005. Hierzu wären alle seit 1995 eingetretenen Änderungen im Bereich des Steuerrechts und des Länderfinanzausgleichs gedanklich und rechnerisch wieder rückgängig zu machen. Man muss kein Steuerexperte sein, um einzusehen, dass

derartige Rechnungen im Jahre 2006 nicht mehr mit einem exakten Ergebnis möglich sind.

Deshalb erscheint es der Landesregierung sachgerecht und gerechtfertigt, eine Spitzberechnung der Einheitslasten für die kommenden Jahre aufzugeben. Auch die meisten anderen Länder verfahren zum Teil schon seit Jahren so, wie es nun in Nordrhein-Westfalen vorgesehen ist.

Wenn schon eine exakte Ermittlung des Landesanteils an den Einheitslasten nicht mehr möglich ist, kann auch der kommunale Anteil hieran nicht exakt festgelegt werden. Für einen interkommunalen Ausgleich fehlt es damit bereits an der Grundlage.

Unabhängig davon besteht aber auch keine Notwendigkeit mehr für diesen Ausgleichsmechanismus, weil die erhobene erhöhte Gewerbesteuerumlage in den beiden anderen Ausgleichssystemen des kommunalen Finanzausgleichs, dem Schlüsselzuweisungssystem und dem Umlagegrundlagensystem, berücksichtigt wird.

Zunächst mindert die erhobene erhöhte Gewerbesteuerumlage in voller Höhe die Steuerkraft bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Hohe Zahlungen an erhöhter Gewerbesteuerumlage führen durch diesen ersten Ausgleichsmechanismus zu einem anteiligen Ausgleich durch Schlüsselzuweisung.

Nur wenn eine Gemeinde so steuerstark ist, dass sie mit ihrer normierten Steuerkraft trotz des Abzugs der Gewerbesteuerumlage den für sie ermittelten fiktiven Bedarf decken kann oder gar überschreitet, erhält sie keinen weiteren Ausgleich mehr. Ihre Steuerkraft ist dann nach Abzug der erhöhten Gewerbesteuerumlage für die Einheitslasten und ohne Ausgleichsbeträge anderer Gemeinden immer noch höher als die sich aus normierter Steuerkraft und Schlüsselzuweisung ergebene Finanzkraft nicht abundanter Gemeinden.

Ein zweiter Ausgleichsmechanismus setzt im Umlagegrundlagensystem ein. Bei der Ermittlung der Umlagegrundlagen für die Umlageverbände, also der Kreise, der Landschaftsverbände und des RVR, reduziert die erhöhte Gewerbesteuerumlage wiederum die Steuerkraft. Von diesem Ausgleich profitieren alle Gemeinden unmittelbar, auch die sogenannten abundanten Gemeinden, die keine Schlüsselzuweisungen erhalten.

Der Verzicht auf ein Solidarbeitragsgesetz ist gut durchdacht. Er ist systemgerecht, und er ist schließlich auch – das ist allerdings nicht ausschlaggebend – ein Beitrag zur Verwaltungvereinfachung und zum Bürokratieabbau.

Ich kann verstehen, dass die Gemeinden, die auf Ausgleichszahlungen auf der Grundlage eines neuen Solidarbeitragsgesetzes gehofft haben, nicht begeistert sind. Es bleibt aber festzuhalten, dass das Land von der Neuregelung keinen Vorteil hat. Vielmehr wird auf ein System von Ausgleichszahlungen verzichtet, das die Lasten ausschließlich innerhalb der kommunalen Familie verteilt hat.

Richtig ist, dass leistungsfähigere Gemeinden künftig mehr zu den Einheitslasten beitragen. Es wird auf eine Subventionierung abundanter Städte durch gewerbesteuerschwache Kommunen verzichtet. Ich glaube, das hat Herr Linssen sehr deutlich gesagt. Letztendlich ist das ein Abbau einer interkommunalen Subvention.

Nicht richtig ist jedoch, dass deswegen Landeszuweisungen gekürzt oder gestrichen werden. Der Verzicht auf das Solidarbeitragsgesetz führt bei etwa 75 % der Städte und Gemeinden in NRW zu finanziellen Vorteilen, bei etwa 25 % zu Nachteilen.

Ich komme nun zu den finanziellen Eckdaten des Steuerverbunds 2006. Auch im Jahr 2006 werden die Kommunen mit 23 % am Landesanteil der Gemeinschaftssteuern sowie mit 23 % an vier Siebtel des Aufkommens aus der Grunderwerbsteuer beteiligt. Ich halte das für bemerkenswert. Trotz der schwierigen Haushaltslage des Landes hat bei den Verbundgrundlagen keine Verschiebung zugunsten des Landes stattgefunden. Das Land stellt den Kommunen auf dieser Grundlage im Steuerverbund 2006 eine originäre Verbundmasse von 6,64 Milliarden € zur Verfügung.

Die größte Belastung für den Steuerverbund ergibt sich 2006 in der weiteren Abteilung durch die Verrechnung von Kreditierungen aus den Vorjahren. Insgesamt müssen die Kommunen Kreditierungen aus früheren Steuerverbänden in Höhe von rund 674 Millionen € zurückzahlen. Dieser zinslose Kredit hat die Kommunen in den beiden Vorjahren unterstützt. Die Kommunen wussten, dass er in diesem Jahr zurückzuzahlen ist.

Der positive Abrechnungsbeitrag aus dem Steuerverbund 2004 in Höhe von knapp 15 Millionen € fällt dagegen kaum ins Gewicht. Danach beträgt die verteilbare Verbundmasse im Jahr 2006 5,8 Milliarden €. Diese verteilbare Verbundmasse wird auf Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschalen, Sonderpauschalen und Bedarfszuweisungen aufgeteilt.

Für Schlüsselzuweisungen stehen im Steuerverbund 2006 knapp 5 Milliarden € zur Verfügung.

Das entspricht einem Anteil an der gesamten verteilbaren Steuerverbundmasse von 85,4 %. Das ist einer der höchsten Anteile im Steuerverbund in den letzten Jahren. Im Jahr 2005 waren es nur 82,7 %.

Außer den Schlüsselzuweisungen, die den kommunalen Verwaltungshaushalten als allgemeine Deckungsmittel zufließen, erhalten die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände im Steuerverbund 2006 pauschale Mittel für investive Maßnahmen, die den Vermögenshaushalten zufließen. Diese Zuweisungen werden, anders als die Schlüsselzuweisungen, finanzkraftunabhängig verteilt. Sie eröffnen den Kommunen Spielräume für eigene Investitionen. Für Investitionspauschalen stehen im Steuerverbund 2006 insgesamt 321 Millionen € zur Verfügung.

Einen Schwerpunkt setzt die Landesregierung bei der Schulpauschale und der Sportpauschale. Die Schulpauschale wird ohne Abstriche erneut mit 460 Millionen € dotiert. Neu ist, dass davon 70 Millionen € konsumtiv ausgewiesen werden. Damit wird im Landeshaushalt der Tatsache Rechnung getragen, dass die Kommunen die Schulpauschale auch für konsumtive Zwecke nutzen dürfen. Für die Kommunen bleiben die Verwendungsmöglichkeiten allerdings unverändert.

Die Sportpauschale wird erstmals in der ursprünglichen Höhe von 50 Millionen € dotiert. Damit wird den Kommunen ermöglicht, selbst Investitionen in Sportstätten durchzuführen oder entsprechende Maßnahmen von Sportvereinen zu fördern.

Insgesamt ist festzuhalten, dass durch diesen Entwurf des GFG 2006 die Finanzkraft der meisten Kommunen als Summe der eigenen Steuerkraft und der Schlüsselzuweisungen im Jahr 2006 höher sein wird als in den Jahren zuvor. Lediglich 19 Gemeinden im Land weisen eine niedrigere Finanzkraft auf als im Jahr 2005, während 377 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen eine höhere Finanzkraft als im Vorjahr haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich darf noch darauf hinweisen, dass die Gemeinden und die kommunalen Spitzenverbände über die voraussichtlichen Wirkungen dieses GFG-Entwurfs 2006 im Detail informiert sind. Wie Sie wissen, hat das Innenministerium im Januar eine entsprechende Proberechnung vorgelegt. Außerdem haben die Gemeinden zum 30. Januar 2006 eine erste Abschlagszahlung erhalten.

Abschließend ist festzustellen, dass die Landesregierung mit dem Gesetzentwurf zum GFG 2006 ihrer Verantwortung gegenüber allen nordrhein-

westfälischen Kommunen unter schwierigen Rahmenbedingungen gerecht geworden ist. Ich weiß, dass die von uns vorgenommenen strukturellen Veränderungen nicht bei allen Kommunen im Land Zustimmung finden.

Ich hoffe aber, dass ich die Ursachen und Wirkungen deutlich gemacht habe und dass diese sowie die Bereitschaft der Landesregierung, auch bei schwierigster Lage des Landeshaushalts eine angemessene, zukunftsfähige Mischung aus notwendiger Orientierung und Kontinuität zu finden, vor Ort sehr wohl erkannt werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Herr Innenminister.

Ich eröffne die **Beratung zum Haushaltsgesetz**. – Für die SPD spricht Frau Kraft.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach langem Warten ist er jetzt da: der erste eigenständige Haushaltsentwurf der neuen Regierungskoalition.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

– Warten Sie lieber ab, Herr Kuhmichel. – Er trägt Ihre Handschrift; er ist ein Ausweis Ihrer Politik.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr richtig!)

Herr Minister Linssen, wie haben Sie eingangs gesagt: „Weichen stellen Richtung Zukunft“? – Herr Minister, Ihre Weichen führen NRW auf das Abstellgleis,

(Beifall von der SPD)

und das Schlimme daran ist: Die Menschen, die in dem Zug sitzen, werden wohl erst 2010 die Chance haben, wieder auszusteigen.

(Beifall von der SPD)

Die Fakten liegen klar auf dem Tisch. Der Haushaltsentwurf enthält mit 5,9 Milliarden € die höchste Neuverschuldung bei Einbringen in der Geschichte unseres Landes.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

– Das hören Sie nicht gern, Herr Kuhmichel. – Er überschreitet die Verfassungsgrenze um 2,6 Milliarden € Interessant ist, Herr Minister, dass Sie uns diesmal eine lange Begründung geliefert haben. Ich denke, das spricht für das schlechte Gewissen. Oder Sie wollen schon einmal für die Verfassungsgerichtsverfahren vorbeugen.

(Beifall von der SPD)

Wie schon beim zweiten Nachtrag 2005 begründen Sie das wieder mit objektiver Unmöglichkeit. – Herr Linssen, das geht für die Menschen im Land nicht zusammen. Sie berufen sich auf objektive Unmöglichkeit, haben aber frisches Geld: für die Landwirtschaftskammern 16,3 Millionen €, für den Flughafen Münster/Osnabrück 11 Millionen € aus dem Umweltetat oder für die Reiterstaffel. Und in vielen Ressorts, insbesondere in der Staatskanzlei, erhöhen Sie die Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und externen Sachverstand.

(Zurufe von der SPD)

Diese Aufgaben, Herr Minister, ergeben sich meines Wissens nicht aus der Landesverfassung. Wenn dann solche innovativen Sanierungspläne dabei herauskommen wie der, den Sie uns heute vorgestellt haben, dann rate ich Ihnen, dafür wirklich nicht mehr Geld auszugeben.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Verfassung zu ignorieren ist an sich schon schlimm genug.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Schlimmer ist jedoch das, was jetzt hinter den Zahlen klar erkennbar ist, nämlich die dort angelegte Veränderung unserer Gesellschaft, unseres Landes. Sie nennen das Erneuerung. Ich stelle fest: Sie erneuern das Land nicht. Denn Erneuerung würde bedeuten, das Land voranzubringen. Sie verändern es zwar, aber zum Schlechteren. Sie sind auf einem Irrweg, Herr Minister.

(Beifall von der SPD)

Ihr Weg ist geprägt von zwei Prinzipien, die wir hier immer wieder in den Reden zu hören bekommen, nämlich „Freiheit vor Gleichheit“ und „Privat vor Staat“.

Der Staat soll ausschließlich das tun, was die Bürger nicht selbst tun können. Bei allem, was auch Private erledigen können, soll sich der Staat heraushalten. Das ist Ihr Credo, Herr Papke.

(Beifall von der FDP)

Stück für Stück ziehen Sie das Land aus seiner Verantwortung zurück. Sie geben damit den Menschen nicht mehr Freiheit. Nein, Sie lassen sie alleine. Bei Ihnen werden Waggons des Zuges NRW abgehängt. Viele müssen deshalb am Bahnsteig stehen bleiben. Das ist die Realität.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

ge brauchen wir keine Imagekampagne. Gute Politik reicht völlig aus.

(Beifall von der CDU)

Herr Sagel, vielleicht noch ein Satz dazu, wie sich die Grünen derzeit aufgestellt haben: Wir dürfen der Presse der letzten Tage – ich darf auszugsweise zitieren – entnehmen, dass Herr Sagel auf dem Landesparteitag immerhin davon spricht, dass das Erscheinungsbild der Grünen in der Opposition zu wünschen übrig lasse. Er sagt auch, man habe Schwierigkeiten, sich politisch zu profilieren. Dann wird es interessant. Zitat aus der „taz“:

„Um nicht in den Verdacht der übermäßigen Nestbeschmutzung zu kommen, beschränkte sich Sagel dann jedoch in der Fehlersuche auf die Bundespolitik.“

Das ist genau das grundsätzliche Problem, Herr Sagel: Eine teilweise zutreffende Analyse, dann aber in der Konsequenz nicht der Mumm, deutlich zu sagen, wo die Probleme wirklich liegen. Wir brauchen für diesen Haushalt Abgeordnete, die Mumm haben und schlicht und einfach auch in einer schwierigen Situation standhaft sind. Davon sind in Ihren Reihen derzeit leider zu wenige zu finden.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, unser Etat zeichnet sich dadurch aus, dass er Schwerpunkte in wichtigen Zukunftsfragen setzt. Der Subventionsabbau, Herr Sagel, bei der Steinkohle wird endlich aktiv angegangen, damit frei werdende Mittel zukunftsorientiert eingesetzt werden können. Herr Sagel, Sie haben – Zitat – vor diesem Hause erklärt: „Wir müssen auch über Subventionsabbau reden.“ – Herr Sagel, wir müssen darüber nicht nur reden, sondern wir müssen es auch tun.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Dann tun Sie es doch! Sie machen doch nichts!)

Sie haben es in Ihrer Zeit nicht gemacht. Wir werden es jetzt tun.

Insofern zeigt der Haushalt 2006 auch eine zukunftsorientierte Handschrift von CDU und FDP:

Es gibt mehr Geld für den vorschulischen Sprachunterricht. Es werden zusätzlich Lehrer zur Reduzierung von Unterrichtsausfall und zur Qualitätsverbesserung eingestellt. Es gibt mehr Geld für die Ganztags Hauptschulen. Es gibt mehr Geld für die Meistergründungsprämie. Es gibt zusätzliche Schulplätze für die Altenpflegeausbildung. Es gibt mehr Finanzmittel für die Kultur, und es gibt damit

auch den ersten Schritt hin zu einem ausgeglichenen Landeshaushalt.

Wir investieren damit in die Zukunft von NRW, in Kinder und Köpfe.

(Beifall von der CDU)

Herr Sagel, „Nachhaltigkeit“ ist für uns keine grüne Worthülse, sondern praktische Politik. Mit dem vom Finanzminister vorgelegten Sanierungskonzept wird die Handlungsfähigkeit der Landespolitik wieder gewonnen. Wir geben allen Beteiligten – das sind unter anderem Kommunen, Hochschulen und Empfänger öffentlicher Leistungen – eine Planungssicherheit.

(Sören Link [SPD]: Denen nehmen Sie doch Geld weg!)

Meine Damen und Herren, die Koalition der Erneuerung hat mit dem Haushalt 2006 den Weg für die Zukunft NRW vorgezeichnet: Realistisch, zukunftsorientiert, maßvoll, konsequent und immer nah bei den Menschen. Die Jahre rot-grüner Stagnation und finanzpolitischem Chaos sind vorbei. Wir beweisen auch in der Finanzpolitik: NRW kommt wieder! – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, mir liegt noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Lindner von der Fraktion der FDP vor. Er ist aber nicht im Raum. Weitere Meldungen sehe ich nicht. Deswegen schließe ich jetzt die Debatte zur ersten Lesung des Haushaltsgesetzentwurfes und eröffne zugleich die **Beratung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2006**. Herr Innenminister Dr. Wolf hat den Gesetzentwurf zu Beginn der Debatte eingebracht.

Als erster Redner hat jetzt der Abgeordnete Jäger für die SPD-Fraktion das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns knapp fünfeinhalb Stunden lang mit dem von der neuen Landesregierung eingebrachten Haushaltsentwurf für das Jahr 2006 auseinander gesetzt und darüber diskutiert.

Für mich persönlich kann ich schon nach diesen fünfeinhalb Stunden ein Fazit ziehen: Dass dieser Haushaltsentwurf nicht sonderlich mutig ist, kann man daran erkennen, dass Sie knapp 6 Milliarden € neue Schulden machen.

Und anders als der Spruch des Ministerpräsidenten, Kürzungen würden alle spüren, dem Wortlaut nach vermuten lässt, bezieht sich das „alle“ wohl

immer nur auf Kinder, Frauen und Jugendliche, aber nicht auf Bauern und Flughäfen.

(Beifall von der SPD)

Dass Sie sich nicht freuen, diesen Haushaltsentwurf einzubringen, sieht man – insbesondere meine Damen und Herren von der CDU – Ihrer Körperhaltung schon an. Das hat man bei der Einbringungsrede des Finanzministers gemerkt. Das war nicht die Haltung eines Menschen, der offensiv einen Haushaltsentwurf vertritt, sondern eines, der eher eine abwehrende, fast demütige Haltung einnehmen muss.

Meine Damen und Herren – insbesondere von der CDU –, dass Sie nicht stolz sind, einen solchen Haushaltsentwurf einzubringen, merkt man daran, dass ich Sie zu 95 % dabei erwischt habe, wie Sie sich in Ihren Redebeiträgen an der Opposition und an der Frage, was denn früher einmal war, Herr Klein, abgearbeitet haben.

Sie haben uns aber nicht das aufgezeigt, was Sie denn stolz in diesem Haushaltsentwurf verkünden, was denn die neue Politik in Nordrhein-Westfalen sein soll. In der Tat: Auf das, was Sie vorgelegt haben, können Sie wirklich nicht stolz sein.

Ihre Argumentation zeigt im Übrigen, dass sie auf einmal in der Realität angekommen sind. Plötzlich stellen Sie fest, dass Sie alle Ihre Versprechen, die Sie noch vor dem 22. Mai 2005 gemacht haben, Zug um Zug brechen müssen. Das wird aus den Haushaltsbeiträgen, die Sie heute über fünf-einhalb Stunden gebracht haben, deutlich.

Um mit der Mär aufzuräumen, das sei ein ehrlicher Haushalt, sage ich: Herr Klein, Herr Rüttgers, wenn Sie Jugendlichen erklären, dass das Kürzen von Haushaltsansätzen, zum Beispiel beim Landesjugendhilfeplan, eigentlich eine Erhöhung sei, dann geht wirklich der letzte Rest an politischer Glaubwürdigkeit dieses Hauses verloren.

(Beifall von der SPD – Minister Armin Laschet:
Es gibt mehr Geld!)

Herr Laschet, ich möchte auch mit der Legendenbildung aufräumen, dass Sie 112 Milliarden € Schulden übernommen hätten. Ich bitte, keine Legendenbildung zu betreiben. Wir machen es jetzt einmal chronologisch. Dieser Finanzminister hat einen zweiten Nachtragshaushalt 2005 vorgelegt, in dem ausweislich stand, dass der Schuldenstand 103 Milliarden € beträgt. Alles, was danach gekommen ist, haben Sie zu verantworten.

(Beifall von der SPD – Lachen von CDU und
FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um es deutlich zu sagen: Der Inhalt des schönen grünen Buches mit den Reden des Herrn Diegel, das Frau Löhrmann dem Herrn Ministerpräsidenten überreicht hat, besagt, dass der Schuldenstand vor der Wahl 111 Milliarden € betragen habe. Sie haben vor dem 22. Mai 2005 einen Schuldenstand von 111 Milliarden € festgestellt und trotzdem alle Versprechungen herausposaunt.

(Beifall von der SPD)

Nach dem 22. Mai 2005 stellen Sie fest, dass es nur 103 Milliarden € sind; man hat sich halt ein wenig verrechnet. Sie machen in diesem Haushaltsplanentwurf noch einmal zusätzlich fast 6 Milliarden € neue Schulden und brechen trotzdem noch alle Versprechen. Das ist Tatsache.

(Beifall von der SPD)

Mit dieser Erblastlegende müssen Sie aufhören. Denn eins ist klar: Das ist Ihr Haushalt. Das sind Ihre Schulden. Und die Politik gegen Kinder ist Ihre Politik.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Herr Stahl, der bedauerlicherweise nicht hier ist, vermutlich bei Käsesahne in der Kaffeeklappe sitzt, hat eine Rede gehalten, deren Niveau deutlich über dem der Rede vom Kollegen Petersen lag. Dennoch ist festzuhalten, dass er Leitbilddiskussionen im Sinne von „Wir wollen Vertrauen in die Fähigkeiten der Menschen haben, wir wollen keine Regulierung durch den Staat, wir wollen die Verantwortung und Freiheit den Betroffenen geben“ ...

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Das können Sie
gut ablesen!)

– Im Gegensatz zu Ihnen brauche ich keine fertig
geschriebene Rede.

(Beifall von der SPD)

Die Wahrheit ist, dass demnächst Frauen, die mit ihren misshandelten Kindern in ein Frauenhaus flüchten wollen, genau diese Art von Freiheit und Verantwortung kennen lernen dürfen, indem sie, wenn sie dort vor verschlossenen Türen stehen, wieder zu ihrem prügelnden Ehemann zurück müssen. Das ist die Freiheit und Verantwortung, die Sie hier propagieren. Das ist Zynismus im Sinne der Betroffenen.

(Beifall von der SPD – Minister Armin La-
schet: Das ist doch Unsinn! – Zurufe von der
CDU)

Die Rede von Herrn Wolf heute Morgen war ein Feuerwerk an Rhetorik, viel Technik und ein bisschen Langeweile. Das ist dem Thema auch angemessen. Aber es endete mit einer wirklich unhaltbaren Behauptung. Herr Wolf, ich will Ihnen zugestehen, dass das Sein das Denken bestimmt. Dass Sie nicht mehr in der Rolle des kommunalpolitischen Sprechers der FDP-Fraktion wie noch vor wenigen Monaten sind und hier nun völlig andere Dinge diskutieren, was Finanzbeziehungen zwischen Kommunen und Land angeht, erkenne ich an. Dass Sie das GFG im Wesentlichen auf der Grundlage dessen fortschreiben, was wir als Sozialdemokraten gesagt haben, nämlich die Kommunen in Nordrhein-Westfalen gehörten finanziell ordentlich ausgestattet, weil sie in Nordrhein-Westfalen auch eine Menge an Aufgaben zu erledigen haben, ist in Ordnung. Herr Wolf, Sie haben aber in Ihrer Rede kein Wort darüber gesagt, dass Sie außerhalb des GFG in allen anderen Bereichen eine Politik gegen Kinder und Kommunen in diesem Land betreiben und dass Sie eigentlich nur eine Politik nach dem Motto verfolgen: Wir kürzen bei den Kurzen und nehmen die Kommunen in die Ausfallbürgschaft.

(Beifall von der SPD)

Sie verlieren kein Wort darüber, Herr Wolf, dass Sie den Kommunen 114 Millionen € bei den Kindergärten, 20,9 Millionen € beim Jugendplan und 27,4 Millionen € bei den Schülerfahrtkosten nehmen wollen. Die Sache mit der Schulmilch und andere Sauereien lasse ich einmal außen vor.

(Sören Link [SPD]: Verkehrswacht!)

Sie verlieren kein Wort darüber, Herr Wolf, dass Sie am § 107 der Gemeindeordnung herumdoktern wollen, ganz der freiheitlich-demokratischen Prämisse „Privat vor Staat“ folgend. Sie bewerten gar nicht, ob privat überhaupt der richtige Schritt bei einer Verwaltungsstrukturreform ist. Für Sie als FDP-Mann ist Privatisierung ein Wert an sich, den es zu verfolgen gilt. Auch davon, dass Sie damit nicht nur die Versorgungssicherheit in der kommunalen Daseinsvorsorge, sondern vor allem auch die wirtschaftlichen Standbeine der Kommunen gefährden, wenn nicht sogar wegschlagen werden, haben wir in Ihrer Rede nichts gehört.

Wir haben auch kein Wort davon gehört, dass Sie in Nordrhein-Westfalen die Spielbankabgabe von 15 auf 12 % kürzen wollen. Wohlgermerkt. Diese Spielbankabgabe soll anstelle der Gewerbesteuererinnahmen an die Kommunen fließen.

(Beifall von der SPD)

Um in dem Jargon der Leistung, die dort angeboten wird, zu bleiben: Das ist kalte Abzocke, Herr Wolf, zulasten der Gemeinden.

Sie führen aus, dass im GFG ein neuer Referenzzeitraum für die Steuerschätzung gegenüber den Kommunen angewandt werden soll. Dagegen ist dem Grunde nach nichts zu sagen. Auffällig, Herr Wolf, ist allerdings, dass Sie dieses neue Instrumentarium zu einem Zeitpunkt anwenden, in dem ein Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen zu verzeichnen ist. Sie machen damit nichts anderes, als bei den Kommunen einen Kredit aufzunehmen; denn nach den alten Regelungen würden die Kommunen bereits in diesem Jahr von den Steuermehreinnahmen profitieren. Die werden ihnen jetzt durch den neuen Referenzzeitraum vorenthalten.

(Beifall von der SPD)

Sollte das der ideologische Auftakt dafür sein, dass man sagt: „Die bekommen ja mehr Geld, dann können wir auch den Verbundsatz 2007 kürzen“, dann wünsche ich Ihnen eine gute Fahrt, dann werden wir uns auf vielen Podiumsdiskussionen mit den kommunalen Vertretern, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit den Landrätinnen und Landräten, wiederfinden.

Ich möchte nun Ihr Augenmerk auf eine Besonderheit lenken, die die Kommunen betrifft, nämlich auf die Kürzungen bei den Kindergärten in Höhe von 114 Millionen €. Unabhängig davon, dass das der Linie „Wir kürzen bei den Kurzen“ entspricht, beginnen Sie damit einen Wettbewerb zwischen den Kommunen, der nicht auf gleicher Augenhöhe stattfindet. Die Kommunen werden überwiegend nicht in der Lage sein, das, was Sie mit der Kürzung bewirken, nämlich dass Elternbeiträge, die Sie nicht mehr erstatten, von den Kommunen selbst zu zahlen sind, zu leisten, sondern im Gegenteil: Im Jahr des Kindes, vom Ministerpräsidenten verkündet, werden in den allermeisten nordrhein-westfälischen Kommunen die Elternbeiträge für den Kindergartenbesuch steigen. Das ist, gemessen an Pisa und der Betreuungspolitik, die wir in diesem Land bisher betrieben haben, völlig kontraproduktiv.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Herr Wolf, Sie haben mit großen Krokodilstränen in den Augen verkündet, der Kassenkreditbestand der Kommunen liege bei über 10 Milliarden €. Ja, das ist richtig. Das ist die Form einer Kreditaufnahme, die nach der Gemeindeordnung eigentlich überhaupt nicht vorgesehen ist und deren sich die Kommunen zurzeit bedienen müssen, weil ihre

Finanzlage so schlecht und ihre Steuerkraft so schwach ist.

Ich möchte nur an eines erinnern: Sie sind jetzt in einer völlig neuen Verantwortung. Blicken wir vielleicht einmal zwei Jahre zurück. Wir wären heute vielleicht in einer anderen Situation, wenn Sie, Herr Wolf, nicht aus ideologischen Gründen, und Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, nicht aus parteitaktischen Gründen die Modernisierung der Gewerbesteuer im Vermittlungsausschuss 2004 verhindert hätten. Dann hätten wir heute nicht die Situation, dass die Kommunen Kassenkredite in der Höhe von 10 Milliarden € vor sich herschieben müssen.

(Beifall von der SPD)

Ein Teil dieser 10 Milliarden € haben Sie politisch mit zu verantworten. Ich hoffe nur, dass das gelingt, was jetzt angekündigt ist, nämlich dass wir in Berlin in einem zweiten Anlauf gemeinsam versuchen, eine ordentliche Reform der Unternehmensbesteuerung und gleichzeitig eine Reform der Gemeindesteuer hinzubekommen, damit endlich aufhört, dass Sie versuchen, vernünftigen Regelungen im Wege zu stehen, nach dem Motto: Das könnte den Sozialdemokraten nutzen, da machen wir nicht mit. – Nordrhein-Westfalen muss sich an die Spitze derer stellen, die gemeinsam für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und bundesweit eine Reform vorantreiben wollen, die die Finanzen der Gemeinden endlich auf eine solide Basis stellt und sie zukunftsfähig machen kann.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie haben unsere Vorschläge auch blockiert!)

– Herr Henke, Ihre Vorschläge waren, ein eigenes Steuerrecht für die Kommunen zu schaffen. Genau erklären konnten Sie das nicht. Aber die Gewerbesteuer sollte schon mal vorab weg. Herr Henke, wir wissen, dass das für die Kommunen ungefähr 12 Milliarden € weniger Einnahmen bedeutet hätte.

Herr Wolf, ich glaube, das war eine brillante Rede, sehr unterhaltsam und rhetorisch sehr gut. Aber das Fazit ist trotzdem, dass Sie sich als Sachverwalter der Gemeinden aufspielen wollen, inzwischen aber tatsächlich ihr größter Gegner geworden zu sein scheinen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer kurzen Rede – zu einer Kurzintervention, die wir in der Geschäftsordnung eigentlich nicht vorgesehen haben – hat der Finanzminister, Herr Dr. Linssen, das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Jäger, eine Zahl in Ihrem Beitrag hat mich gereizt, kurz etwas zu sagen. Wie wir im Haushalts- und Finanzausschuss schon erwartet haben, wollten Sie hier die Verschuldung vorführen. Sie haben dem staunenden Publikum mitgeteilt, dass wir einen Betrag von 103 Milliarden € genannt hätten, als wir an die Regierung kamen, und dass die Differenz zu den 112 Milliarden € doch bitte uns zuzurechnen sei.

Damit es hier gar nicht erst zu einer Legendenbildung kommt, will ich Ihnen das erklären. Bei den 103 Milliarden € haben Sie, wie Sie das immer tun, die Schulden gegenüber dem Bund vergessen. Darüber hatten wir eine Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss. Sie gehören selbstverständlich zur Verschuldung dazu. Das machen wir im Land Nordrhein-Westfalen seit 40 Jahren so. Aber Sie waren nur sehr schwer zu überzeugen – ausgerechnet Sie natürlich auch.

Ich will Ihnen sagen, wie das in diesem Land abläuft, damit Sie sehen, dass die ganzen Schulden tatsächlich Ihnen zuzurechnen sind. Am 30.09.2005 hatten wir 108 Milliarden € Schulden. Am 31.12.2005 hatten wir 112,2 Milliarden € Schulden. Sie müssten eigentlich aus Erfahrung wissen – vielleicht lassen Sie sich von der Kollegin Kraft etwas sicherer machen –, dass 50 % der Schulden eines Jahres praktisch stets im letzten Quartal entstehen. In den letzten zehn Jahren war das immer so.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie reden das jetzt schön!)

Deswegen sind die Schulden alle Ihnen zuzurechnen, und zwar stiegen die Schulden im Jahr 2005 im letzten Quartal sogar überproportional deshalb, weil 1,4 Milliarden € an WestLB-Rückzahlungen fällig waren. Das haben Sie eingestielt, und wir haben diese 1,4 Milliarden € sowohl an die WestLB als auch an die NRW-Bank gegeben. Dadurch hat sich diese Erhöhung im letzten Quartal ergeben. Wenn man diesen Betrag abzieht, stellt man fest, dass es im letzten Quartal günstiger aussah als in allen Jahren zuvor. – Nur so viel zur Korrektheit.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Linssen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jäger?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Gerne. Bitte schön.

Ralf Jäger (SPD): Herr Finanzminister, neben der Feststellung, dass Sie nach der Regierungsüber-

nahme eine Haushaltssperre veranlasst haben und trotzdem mit dem Schuldenstand zum 31.12.2005 argumentieren, habe ich die Frage: Ist meine Erinnerung richtig, dass Sie zum 1. Juni 2005 die Amtsgeschäfte in Nordrhein-Westfalen übernommen haben?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Selbstverständlich, und wir sind auch stolz darauf, weil das für das Land das Segensreichste war, was in den letzten Jahren überhaupt vorgekommen ist.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD)

Aber ich erkläre Ihnen nur, dass die 112,2 Millionen €, bis auf die 60 Millionen €, die wir im Nachtragshaushalt erklärt haben, alles Ihre Schulden sind. Damit keine Legendenbildung entsteht: Das ist das, was Rot-Grün hier in 39 Jahren herbeigeführt hat.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Wir fahren jetzt in der Debatte fort. – Das Wort hat der Abgeordnete Lux, CDU-Fraktion.

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger, ich hatte mich eigentlich darauf gefreut, dass Sie zum GFG sprechen würden. Dass Sie zwangsweise drei oder vier Sätze dazu abgedrückt haben, hat mich dann doch gewundert, weil Ihr Thema eigentlich ein völlig anderes war. Das war enttäuschend, weil das GFG jetzt auf der Tagesordnung steht.

Das, was Sie zu Herrn Wolf gesagt haben, nämlich dass er heute Morgen eine brillante, unterhaltsame, sehr gute Rede gehalten hätte, kann ich von Ihrem Beitrag leider nicht behaupten.

(Zuruf von der SPD: Sie sind nicht sehr anspruchsvoll!)

Das Schlimmste an Ihrem Beitrag ist – Herr Jäger, das möchte ich zu Anfang sagen –: Wollen Sie neben der Schuldenmär eine zweite Mär aufbauen und sagen, dass es den Kommunen in Nordrhein-Westfalen so schlecht geht, dass sie so hohe Kassenkredite haben und eine so hohe Verschuldung haben, liege daran, dass auf Bundesebene eine Reform der Gemeindefinanzen nicht zustande gekommen sei? Da kann ich nur noch lachen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist doch an Ihnen gescheitert!)

Sind Sie denn so weit von der Wirklichkeit weg, dass Sie nicht wissen, dass große Teile dieser Verschuldung – Frau Löhrmann, Sie sollten sich vor Ort erkundigen – lange vor der Diskussion über die Gemeindefinanzreform entstanden sind? Sie haben sich über Jahre hinweg dadurch aufgebaut,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben das im Bundesrat blockiert!)

dass Sie immer mehr Aufgaben an die Kommunen übertragen haben, ohne ihnen die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Das muss man hier einmal klar sagen. Dann darf man jetzt nicht erklären: Weil es keine Gemeindefinanzreform gegeben hat, haben die Städte heute ein finanzielles Problem. – Das ist lächerlich.

Aber lassen Sie mich auf das GFG zu sprechen kommen, denn das steht auf der Tagesordnung.

Nachdem Finanzminister Dr. Linssen die Schwerpunkte des Haushalts 2006 heute Morgen vorgestellt und dabei beeindruckend deutlich gemacht hat, unter welcher schwierigen Rahmenbedingungen und mit welcher unerträglichen Erblasten der rot-grünen Vorgängerregierung der Landeshaushaltsentwurf 2006 aufgestellt worden ist, und nachdem Innenminister Dr. Wolf bei der heutigen Einbringung des GFG 2006 auf die wesentlichen Details dieses Gesetzentwurfs hingewiesen und Verbesserungen gegenüber früheren GFGs aufgezeigt hat, möchte ich jetzt nicht noch einmal auf die Einzelheiten des GFG eingehen, sondern eine politische Bewertung aus Sicht der CDU-Fraktion vornehmen.

Ausgangspunkt und Messlatte dieser Bewertung muss der Koalitionsvertrag sein, aus dem ich zwei Stellen zitieren möchte. Auf Seite 50 heißt es:

„Die Koalition der Mitte setzt sich für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ein.“

Auf Seite 52 des Koalitionsvertrags steht:

„Die Verteilung der finanziellen Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs soll in Zukunft transparenter, gerechter und planbar erfolgen.“

Betrachten wir nun einmal das GFG 2006 vor dem Hintergrund dieser Forderungen und Versprechungen, fällt uns Folgendes auf:

Erstens fällt eine ganz wesentliche Systemumstellung auf, mit der der Mittelumfang des Steuerverbundes festgestellt wird. Herr Dr. Wolf hat heute Morgen noch einmal anschaulich aufgezeigt, wie umständlich, ungenau und unzuverlässig in der

Vergangenheit die Verbundmasse im GFG zunächst aufgrund von Steuerschätzungen und Prognosen ermittelt wurde und später nach Vorliegen des tatsächlichen Rechnungsergebnisses der unterschiedlichen Steuerarten die genaue Höhe des Umfangs des Steuerverbundes festgestellt wurde.

Dabei kam es natürlich und zwangsläufig ständig zu Abweichungen gegenüber den Annahmen und Auszahlungen des jeweiligen GFG. Mal waren die Steuereinnahmen höher als erwartet, aber gerade in den letzten Jahren war das Ergebnis meist niedriger als prognostiziert. Dies führte dazu, dass den Kommunen durch das GFG mehr Geld zugeteilt wurde, als ihnen tatsächlich zugestanden hätte. Das Ergebnis waren die unsäglichen Kreditierungen.

Konkret heißt das – das können Sie dem neuen GFG entnehmen –, dass die Kommunen in den Gemeindefinanzierungsgesetzen 2004 und 2005 insgesamt 674 Millionen € mehr erhalten haben, die sie jetzt im Jahr 2006 zurückzahlen müssen. Dieses System war natürlich keine verlässliche Grundlage für die Haushalts- und Finanzplanung der Kommunen.

Vor diesem Hintergrund ist Ihnen, Herr Innenminister, und der Landesregierung mit der Systemumstellung im GFG 2006 ein großer Wurf gelungen. Dadurch, dass jetzt der Referenzzeitraum äußerst zeitnah an das GFG angelegt ist, und dadurch, dass zukünftig die Mittel des Steuerverbundes aufgrund tatsächlicher Steuereinnahmen errechnet werden und nicht mehr geschätzt werden müssen, wissen die Kommunen zukünftig mit Verabschiedung des GFG, welche Mittel sie im jeweiligen Haushaltsjahr tatsächlich erhalten. Dann gibt es keine Über- und Unterzahlungen mehr. Die Kommunen erhalten auf diesem Gebiet ein erhebliches Mehr an Transparenz und Planungssicherheit. Versprochen, gehalten!

Zweitens. Neben diesem Erfolg mit der Systemumstellung beim Berechnungszeitraum des GFG verdient die Feststellung besondere Bedeutung, dass trotz der massiven Finanzprobleme des Landes, über die wir heute schon viel gehört haben, der Verbundsatz bei 23 % gehalten wurde.

Obwohl die Finanzlage des Landes aufgrund der übernommenen Verschuldung, Herr Jäger, und aufgrund des übernommenen strukturellen Defizits mehr als angespannt ist und obwohl es keinerlei verfassungsrechtlichen Anspruch auf diese 23 % gibt, bleibt es beim Verbundsatz von 23 % für die Kommunen. Respekt und Anerkennung an die Landesregierung: Versprochen, gehalten!

Drittens. Außerdem – darüber sind wir als CDU besonders froh – werden im GFG 85 % der Mittel als freie Deckungsmittel ohne Zügel durch das Land den Kommunen zur Verfügung gestellt. Auch dies entspricht einer alten Forderung der CDU, den Kommunen mehr Selbstständigkeit zu geben und mehr Verantwortung zu übertragen.

Dass darüber hinaus die Zweckzuweisungen aus dem GFG 2006 herausgenommen und in die Fachtats überführt worden sind und dort sachgerecht und in voller Höhe auch zukünftig den Kommunen zur Verfügung stehen, dient ebenfalls der Klarheit und Transparenz.

Viertens. Schul- und Sportpauschale, die allen Kommunen zugute kommt, bleiben in alter Höhe bestehen beziehungsweise werden auf die angekündigten Beträge aufgestockt. Hier zeigt sich einmal mehr, wie wenig Substanz die Tatarenmeldungen von SPD und Grünen haben.

Fünftens. Schließlich bleibt festzustellen, dass die von uns seit Jahren gezeigten Befrachtungen zumindest schon einmal um 50 % aus dem GFG 2006 herausgenommen werden. Auch dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn ich mir diese fünf Punkte zusammenhängend vor Augen führe, komme ich zu dem Ergebnis: Dieser Entwurf des GFG 2006 kann sich nicht nur sehen lassen, sondern er verdient auch alle Anerkennung. Ich möchte Ihnen, Herr Innenminister Dr. Wolf, und Ihnen, Herr Finanzminister Dr. Linssen, zu diesem Gesetzentwurf gratulieren.

Natürlich gibt es aus unterschiedlichen Positionen Kritik am GFG. Das ist zum Teil auch verständlich, weil Systemumstellungen immer dazu führen, dass es Veränderungen gibt, von denen der eine mehr und der andere weniger profitiert.

So wird von einigen Kommunen Kritik am Verzicht auf ein neues Solidarbeitragsgesetz geübt. Der Herr Innenminister hat heute Vormittag überzeugend auf den Sinn und die Notwendigkeit des Systemwechsels beim Solidarbeitrag hingewiesen und dies auch erläutert. Insofern verweise ich auf seine Ausführungen und empfehle allen Kritikern dringend das Nachlesen seiner Rede im Protokoll der heutigen Sitzung.

Festzustellen bleibt bei allem Verständnis für Kritik und Betroffenheit im Einzelfall, dass dieser Systemwechsel auf keinen Fall dazu führt, dass sich das Land Gelder der Kommunen einverleiht. Vielmehr führt der Systemwechsel zu einem Verteilungsproblem zwischen den Kommunen. Wir werden dieser Frage im Zuge der Beratungen des

GFG nachgehen und prüfen, ob es hierzu zielführende Alternativen gibt.

Meine Damen und Herren, unerträglich finde ich die Kritik am GFG 2006 bezogen auf die Einführung der Kreditierungen in Höhe von 674 Millionen €. Da werden aus Kreisen der Opposition Forderungen aufgegriffen und dann auch draußen vertreten, man müsste im Zuge der Gerechtigkeit den Kommunen diese 674 Millionen € weiter kreditieren.

Dieser populistische Versuch der Anmaßung als Anwalt der Kommunen muss fehlschlagen. Denn ich erinnere Sie daran, dass Sie selber in den vergangenen GFGs deutlich gemacht haben, dass diese Kreditierungen in Höhe von 674 Millionen € im GFG 2006 zurückzuführen sind. Das haben Sie gesetzlich festgelegt. Da können Sie heute nicht so tun, als sei das eine Erfindung des Innenministers oder der schwarz-gelben Koalition. Das sind die gesetzlichen Auswirkungen Ihrer Festlegungen, die Sie hier getroffen haben.

Deswegen hätte ich es bei den erheblichen Fortschritten beim GFG 2006 zugunsten der Kommunen fair gefunden, Herr Jäger, wenn Sie sich etwas mehr Mühe gemacht hätten, auf das GFG selber einzugehen. Es wäre auch von Ihnen nicht zu viel verlangt, zu sagen, Sie erkennen diese große Leistung an, dass schon mit dem ersten Entwurf eines GFG unter Schwarz-Gelb erhebliche Fortschritte für die Kommunen erzielt werden. Sie sollten sich nicht so lange theatralisch die Haare raufen – ich sehe Herrn Becker schon zum Rednerpult kommen –, bis Sie dann endlich Ihr eigenes Haar in der Suppe finden. Das wird diesem GFG nicht gerecht. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Wir setzen die Debatte mit einem Beitrag des Abgeordneten Becker, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal ist sicherlich richtig: Es geht vorrangig um das GFG. Das soll an dieser Stelle der Debatte auch so sein.

Es ist aber auch richtig, dass man einmal beleuchten muss, wie Sie insgesamt mit diesem Haushalt umgehen. Einige der Vorrednerinnen und Vorredner haben es heute schon gesagt – man muss es Ihnen aber immer wieder deutlich hinter die Ohren schreiben –: Es geht nicht, dass Sie so tun, als wären Sie darüber überrascht gewesen, dass die gesamten Versprechen, die Sie im Wahlkampf

gemacht haben, nicht mit der Finanzsituation des Landes in Übereinstimmung zu bringen sind. Das geht nicht. Wenn Sie sich jetzt in allen Debatten immer wieder dahinter verstecken, dass Sie jetzt erst bemerkt haben, dass Sie Ihre eigenen Versprechen nicht halten können, weil Sie erst jetzt die Zahlen kennen gelernt haben, dann muss ich sagen: Sie haben die Öffentlichkeit im Wahlkampf getäuscht. Sie hätten damals ihre Hausaufgaben machen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn man über das GFG redet, kann man nach meiner Auffassung nicht nur über die Technizismen reden, auf die ich gleich gerne noch einmal kommen werde. Man muss vielmehr auch über die Gesamtlage der Kommunen reden. Ich stelle zunächst einmal fest, dass ganz massive Einwirkungen auf die kommunalen Haushalte vorhanden sind. Dies gilt insbesondere bei den GTK-Betriebskosten – da liegen wir im dreistelligen Millionenbereich –, bei den Familienzentren, beim Landesjugendplan und bei der Familienhilfebildung, bei Einrichtungen der Familienbildung, bei der Familienselbsthilfe, bei der Sprachförderung usw.

Heute ist schon darauf hingewiesen worden, dass Sie bei der Landwirtschaftskammer draufgesattelt haben. Draufgesattelt haben Sie auch bei so etwas wie dem Flughafen Münster. Ich halte es schon für eine Frechheit,

(Zuruf von der CDU: Was?)

wenn sich ein Minister hier herstellt und von Schadensersatz faselt. Ich kann es wirklich nur als Faseln bezeichnen. Herr Kollege, das ist kein Schadensersatz. Das war schlicht und einfach der für die Einhaltung des Umweltschutzes notwendige Betrag, wenn man die Genehmigung nach Recht und Gesetz behandelt. Das hat Ihnen nur nicht in den Kram gepasst. Dann aber von Entschädigung zu reden, ist wirklich ein Unding.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU)

Wer da von Entschädigung redet und 11 Millionen € draufsattelt oder bei der Landwirtschaftskammer draufsattelt, im Kinder- und Jugendbereich aber streicht, wird sich damit auseinander setzen müssen, dass man ihm seine eigenen Zitate vorhält.

30. Januar 2004, Jürgen Rüttgers:

„Die CDU-Landtagsfraktion hat den Erfolg der Volksinitiative ‚Jugend braucht Zukunft‘ als Misstrauensvotum gegen die Landesregierung

gewertet und die Regierung aufgefordert, auf Kürzungen zu verzichten.“

Sie haben im Wahlkampf angekündigt, 20 Millionen draufzusatteln. Heute stellen wir fest: Sie satteln diese Summe nicht drauf. Im Gegenteil: In anderen Bereichen wie dem Kindergartenbereich satteln Sie nicht nur nicht drauf, sondern kürzen massiv.

Durch eine Anfrage habe ich gestern Abend in meiner Kommune noch klären lassen, was das für eine Stadt mit 30.000 Einwohnern bedeutet. Allein für eine Stadt mit 30.000 Einwohnern bedeutet dies eine Mindereinnahme von 42.000 €. Diese Größenordnungen gibt es landauf, landab. Das hört sich nach wenig an. Aber genau in diesem Bereich haben wir im letzten Jahr bei den freiwilligen Leistungen gekürzt. Wir mussten im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzeptes kürzen. So etwas findet allerorten statt. Die Elternbeiträge werden erhöht. Andere freiwillige Leistungen werden gekürzt. Das alles passiert, weil Sie außerhalb des GFG bei allen Förderungen und Zuweisungen kürzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch zum GFG möchte ich Ihnen sagen, dass es nicht so sauber ist und nicht so glänzt, wie Sie es darstellen. Die Umstellung auf eine nachlaufende Systematik, also auf eine in Zukunft möglichst nah an den tatsächlichen Steuereinnahmen entlang nachlaufende Systematik, ist von uns auch zu begrüßen. Wir begrüßen dies aber nur im Grundsatz; der Kollege Jäger hat das eben schon kurz erwähnt. Sie müssen sich nämlich vorhalten lassen, dass Sie möglicherweise mit Bedacht die Systematik zu einem Zeitpunkt in eine richtige Systematik umwandeln.

(Rainer Lux [CDU]: Quatsch!)

– Ich rechne es Ihnen jetzt vor: Wenn Sie das letzte Quartal 2004 und die ersten drei Quartale des Jahres 2005 gegenüberstellen

(Zuruf von Rainer Lux [CDU])

– Sie müssen nicht so aufgeregt sein; wir alle können das in Ruhe nachrechnen –, haben Sie nach den eigenen Steuerschätzungen Ihres Finanzministers für das Jahr 2006 zulasten der Kommunen ein Minus in Höhe von 149 Millionen €. Sie können das anhand der Entwürfe spitz durchrechnen.

Die 149 Millionen € buchen Sie allein zulasten der Kommunen. Es wäre ein Wort gewesen, wenn Sie gesagt hätten: Wir teilen uns die Sache, und es geht nicht allein zulasten der Kommunen.

Ich will Ihnen ein weiteres Problem schildern. Mit dem Ausgleich der Solidarlasten – Fonds Deutscher Einheit – ist die Angelegenheit auch nicht so einfach.

Erstens verstecken Sie sich hinter der Aussage, drei Viertel der Kommunen seien Gewinner und nur ein Viertel seien Verlierer. Das ist richtig. Aber das Viertel verliert natürlich kräftig. Die kommunalen Spitzenverbände sind in der Frage übrigens auch deshalb gespalten, weil sie nicht gegen die drei Viertel der Kommunen argumentieren wollen, die Gewinner sind.

Entscheidend ist zweitens aber folgender Effekt: In Zeiten steigender Steuereinnahmen – für die Sie nichts können, die andere verursacht haben – werden Sie bei der Umstellung auf die Gewerbesteuerumlage einen überschießenden Betrag haben. Das ist klar; das bestreitet der Innenminister und nach meinem Wissen auch der Finanzminister nicht.

Angekündigt ist, dass dieser überschießende Betrag – man spricht in Kreisen des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes zurzeit von Schätzungen in Höhe von 200 Millionen € – nächstes Jahr der Verbundmasse zugeordnet werden soll. Jetzt stellt sich der aufmerksame Beobachter die Frage, ob dies auf die Verbundmasse, also den Prozentsatz, draufgesattelt wird oder ob Sie es als Bestandteil des Paketes ansehen, welches Sie in Prozenten ausrechnen.

Wenn Sie Letzteres tun, haben Sie die 200 Millionen €, die schätzungsweise übrig bleiben, dem Landeshaushalt zugeschoben und den Kommunen weggenommen. So ist das. Dazu bekomme ich aber bis jetzt keine Auskunft. Das ist spannend. Die Frage ist mehrfach, auch dem Innenministerium, gestellt worden. Ich bekomme bis jetzt aber keine sachliche Auskunft darüber, was Sie beabsichtigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich fordere Sie auf, heute ganz klar zu sagen, was es heißt, einen überschießenden Betrag der Verbundmasse des nächsten Jahres zuzuordnen. Heißt das, es wird auf den Prozentsatz draufgepackt, oder wird das Ganze Bestandteil der Verbundmasse? Da sind Sie unklar, da drücken Sie sich.

Ich will Ihnen auch noch einmal etwas zur Vergangenheit sagen. Im Jahr 2003 hat Ihr damaliger Experte Eckhold in der Frage der Weiterbildung Krokodilstränen über Kürzungen in Höhe von 15 Millionen € vergossen. Das war ein harter Einschnitt. Das war ein Einschnitt, der uns allen weh-

getan hat. Er hat auch meinen Kolleginnen und Kollegen wehgetan. Ich weiß noch sehr genau, wie wir darüber diskutiert haben. Sie gehen aber darüber hinaus. Sie kürzen weitere 5 Millionen €.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Dr. Eckhold hat hier damals Krokodilstränen geweint. Sie haben gesagt: Das geht nicht. Es ist alles ein Desaster. Die Volkshochschulen, die Weiterbildung leidet an allen Ecken und Enden und bricht zusammen. – Da Sie das damals gesagt haben, frage ich: Wo sind Sie heute? Sie bleiben unter diesen Ansätzen. Sie versuchen erst gar nicht, sich dafür zu rechtfertigen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Stattdessen verstecken Sie sich hinter Technizismen beim GFG. Herr Papke, das war wirklich ein Musterbeispiel an Widersprüchlichkeiten. Stellvertretend für ihn sitzt Kollege Witzel da. Es ist durchaus ehrenvoll, dass Sie sich das jetzt anhören. Ich muss aber noch einmal wiederholen, was Herr Sagel gesagt hat.

Landauf, landab haben Sie so getan, als wäre das Landeswassergeld der Niedergang der heimischen Wirtschaft. Papke ist durch den Rhein-Sieg-Kreis gereist: In Niederkassel und allerorten hat er diese Litanei gesungen. Wenn Sie das alles ernst nehmen, dass das der Niedergang der heimischen Wirtschaft wäre, dass es auch die Kommunen schädigt, über Mindereinnahmen später bei der Gewerbesteuer und ähnlichem, dann frage ich mich: Warum haben Sie es nicht geschafft, das Landeswassergeld zu kürzen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen warum: Das Landeswassergeld war sachlich immer vernünftig. Ansonsten würden Sie jetzt etwas sachlich Unvernünftiges tun. Es war finanzpolitisch geboten. Andernfalls würden Sie jetzt auf die Einnahme verzichten und Ihre eigenen großspurigen Ankündigungen wahr machen, meine Damen und Herren.

(Ralf Witzel [FDP]: Es ist auch eine reine Finanzfrage!)

– Eine reine Finanzfrage, Herr Witzel. Warum ist es bei Ihnen gut, wenn das eine reine Finanzfrage ist, und bei uns ist es das Strangulieren der heimischen Wirtschaft? Das müssen Sie mir einmal erklären.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, der Kollege Britz von der CDU hat ein Sofortprogramm zur Rettung der Kommunen gefordert. In dem Sofortprogramm –

so damals – müssten die Landeszuweisungen für Kommunen erhöht werden. Außerdem müsste die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage von 20 % auf 30 % wieder rückgängig gemacht werden. Was ist von den Forderungen übrig geblieben? Was haben Sie davon umgesetzt? Was ist mit diesem Landesprogramm?

Sie haben die Landeszuweisungen ausgegliedert, Sie haben sie in die Fachtats gesetzt. Dazu kann man positiver oder negativer Meinung sein. Das ist eher ein Streit für Gelehrte. Die eigentlich entscheidende Frage, meine Damen und Herren, lautet: Was bleibt hinterher davon übrig? Mit wie vielen goldenen Zügeln gehen Sie gegenüber den Kommunen damit um? Das ist die entscheidende Frage.

Ich finde, Sie sollten sich mit der Frage auseinander setzen, wie zum Beispiel Ihr eigener Finanzminister, Ihre eigene Wirtschaftsministerin gegenüber der Kommune Oberhausen mit dem goldenen Zügel umgegangen sind, als es um die EU-Mittel ging.

Das hatte zur Folge, dass die Kommune einen Bruchteil nicht mehr aufbringen durfte, weil man das über den Finanzminister und über die Kommunalaufsicht gestoppt hat und eine Investition für die Stadt nicht geleistet werden konnte. Das ist zum Beispiel nicht kommunalfreundlich. Das ist kommunalfeindlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie können abwinken, wie Sie wollen. An solchen Stellen wird an vielen Schrauben gedreht. Ich kann es Ihnen aus meiner Erfahrung sagen:

(Rainer Lux [CDU]: Haben Sie die Diskussion verfolgt?)

Gerade die Kommunen, die im Haushaltssicherungskonzept sind, erst recht die, die im Nothaushalt sind, werden landauf,landab von den Kommunalaufsichtsbehörden völlig unterschiedlich behandelt. Sie werden zum Beispiel beim Städtebau sehr oft so behandelt, dass sie freiwillige Leistungen adäquat kürzen müssen, wenn sie ihren Eigenanteil finanzieren wollen. Sonst bekommen sie die Landesmittel nicht. Aber im Straßenbau, bei den Vorfinanzierungen sind sie noch bis vor kurzem anders behandelt worden. Da sind sie teilweise auch als Haushaltssicherungskommunen so behandelt worden, dass sie im Haushaltssicherungskonzept eine Vorfinanzierung für den Straßenbau vornehmen konnten.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur die neue Landesregierung, das war auch teilweise der alte Fachminister. Das war die alte Kommu-

nalaufsicht. Aber Sie gehen überhaupt nicht daran. Sie verstecken sich hinter der Systematik eines GFG, die im Kern mit den Schwächen, die ich beschrieben habe, in Ordnung ist. Sie kümmern sich nicht um die Förderprogramme. Sie kümmern sich nicht um die Rahmenbedingungen. Sie kümmern sich nicht um die Ungerechtigkeiten innerhalb des Fonds Deutsche Einheit. Sie kümmern sich nicht um die Frage, was mit dem Verbundsatz nächstes Jahr passiert. Sie sagen nichts zu der Frage, ob Sie den in der Zukunft stetig halten wollen, so wie es Rot-Grün in den letzten Jahren getan hat. Das sagen Sie alles nicht.

Damit Sie nicht meinen, dies sei eine Einzelmeinung, möchte ich Ihnen heute als Einzigen den Bürgermeister der Stadt Neuenrade zitieren, weil das just heute Nachmittag bei mir eingegangen ist. Er sagt am Ende zum Solidarbeitragsgesetz:

„Ich fordere Sie“

– und zwar Herrn Wolf –

„nochmals auf, von einer Streichung des Solidarbeitragsgesetzes Abstand zu nehmen. Da beim LDS bereits die Datengerüste für die entsprechenden Berechnungen nach dem Solidarbeitragsgesetz vorhanden sind, ist in diesem Fall die Entbürokratisierungswirkung nicht besonders hoch. Oder beabsichtigen Sie, mit dem Wegfall des Solidarbeitragsgesetzes auch entsprechende Stellen einzusparen?“

Meine Damen und Herren, er hat nachgewiesen, dass eine Kommune, die abundant ist und erheblich darunter leidet, dass die Kreisumlage dort große Teile der Kommunalfinanzen abschöpft, durch die Umstellung stark betroffen ist. Es sind nicht nur die Städte mit gutem Steueraufkommen wie Düsseldorf, sondern gerade auch Städte im ländlichen Raum.

Es betrifft die Problematik, die ich eben mit dem zukünftigen Verbundsatz angesprochen habe. Ich bitte Sie, dass, wenn Sie diese Sachen konkret abarbeiten, Sie auch dazu Stellung nehmen. Ich möchte Sie bitten, Herr Wolf, dass Sie gleich Stellung dazu nehmen, was ich zu den 149 Millionen € ausgeführt habe, dass Sie Stellung in Bezug auf die Gewerbesteuerumlage und auf die Frage nehmen, was mit dem überschießenden Betrag nächstes Jahr in Zusammenhang mit dem Verbundsatz passiert.

Insgesamt muss ich feststellen: Sie kommen zunehmend in schweres Fahrwasser. Sie werden sich zunehmend damit auseinandersetzen müssen, dass Sie weit weg von Ihren Versprechungen, weit weg von Ihren Ankündigungen zum

Schuldenabbau sind, die Sie großspurig gemacht haben, und es wird immer klarer, dass Sie im letzten Jahr mit Ihren Rechenoperationen nichts anderes als großen Nebel geworfen haben. Wir werden in den nächsten Jahren sehen, was mit den Kommunen passiert.

Eine letzte Aufforderung an Sie: Ich bitte Sie und fordere Sie auf, im Sinne der Kommunen heute klar Stellung zu beziehen, ob es beim jetzigen Verbundsatz für die nächsten Jahre bleibt. Das wäre verlässliche Finanzpolitik. Wenn Sie das Auf und Ab von früher aufgrund eines anderen Modus kritisieren, dann sollten Sie auch selbst etwas dazu sagen, ob Sie in der Zukunft verlässlich sein wollen. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Engel von der FDP-Fraktion.

Ich möchte kurz für unsere Zuhörerinnen und Zuhörer das Rätsel lüften, was GFG, diese ständig benutzte Abkürzung, bedeutet: Das ist das Gemeindefinanzierungsgesetz, das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006.

(Horst Becker [GRÜNE]: Er ist doch mein Lieblingspräsident!)

Herr Engel, Sie haben das Wort.

Horst Engel¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger, Frau Kraft ist leider draußen. Vielleicht richten Sie ihr das aus, Herr Jäger. Heute Morgen haben wir es wieder gehört. Sie und die anderen Redner haben unsere Ordnungsprinzipien aufgegriffen und sich an ihnen abgearbeitet, was aber vor allem für Frau Kraft zu dem Prinzip gilt: Privat vor Staat.

Ich möchte Ihnen ganz zu Beginn noch einmal erläutern, warum wir es für richtig halten, nach so vielen Jahren auf Privatheit zu setzen. Der Staat hat sich beinahe in jede Lebensritze hineingedrängt. Frau Kraft hat heute Morgen von einer Weichenstellung in die Sackgasse gesprochen, genau das haben Sie in den letzten Jahren geschafft: Wir sind in dieser Sackgasse. Es gibt nur eine Richtung: Da wieder hinaus, und deshalb setzen wir auf Privatheit – Privat vor Staat. Richten Sie ihr das bitte aus.

Das andere, was Sie heute Mittag aufgegriffen hat: Als wir vom schlanken Staat sprachen, hat sie sogar Heidi Klum in der Richtung bemüht,

dass es jetzt schon ein magersüchtiger Staat sei. Ich frage Sie: Wo wollen Sie wirklich hin? – 112 Milliarden € Verschuldung, beinahe jeder zweite Euro geht durch staatliche Hände, von jedem Euro – 100 Cent – gehen 43 Cent in den Personalhaushalt. Wo wollen Sie eigentlich hin? Wo ist die Alternative?

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so wie es dem Land geht, so geht es auch den Kommunen. Auch das haben Sie uns hinterlassen. Wie ich schon sagte: Jeder zweite Euro geht durch staatliche Hände, die Zahl der Kommunen, die sich im Haushaltsicherungskonzept befinden, steigt seit Jahren unaufhaltsam.

Sie von der Opposition haben es zu verantworten, dass von 427 Städten, Gemeinden und Kreisen 198 am Gängelband der Bezirksregierungen geführt werden. Ja, das ist Ihre Verantwortung. 20 kreisfreie Städte, sogar neun Kreise und 169 kreisangehörige Kommunen können ihre Haushalte nicht ausgleichen.

Es ist Ihre Verantwortung, dass 104 Städte und Gemeinden überhaupt gar keine Chance haben, am Ende des Tunnels Licht zu sehen, also ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorlegen zu können. Das sind erschreckende Zahlen. Wenn wir die Frage untersuchen, wo die Ursachen für diese dramatische Finanzsituation liegen, dann stellen wir blitzschnell fest, dass es nicht nur auf der Einnahmenseite Gründe gibt, sondern auch auf der Ausgabenseite.

Damit sind wir wieder beim zweiten Ordnungsprinzip dieser neuen Regierung: Erarbeiten vor Verteilen.

Meine Damen und Herren, unsere Kommunen leiden unter einem dramatischen Fehlbetrag in Höhe von insgesamt 11,8 Milliarden €. Die Liquiditätssituation ist mehr als angespannt. Die Kassenkredite haben im September 2005 die 10-Milliarden-Euro-Grenze überschritten. Das haben wir alles schon gehört.

Kurz: Die kommunale Selbstverwaltung ist ernsthaft in Gefahr. Es gibt kaum noch Städte und Gemeinden, die sich eine freie Spitze erlauben können. Damit bin ich wieder bei denen, die Frau Kraft heute Morgen bei ihrer verbalen Demo in die erste Reihe gestellt hat, bei den Kindern und Jugendlichen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Ich bin bei der freien Spitze, bei den, Herr Becker, uneingeschränkt freiwilligen Leistungen: Sport

und Kultur, die auch in Ihrer Gemeinde viel zum kommunalen, städtischen Klima beitragen.

Das, was Sie in den letzten 39 Jahren in Ihrer kommunalen Finanzpolitik hinterlassen haben, führt dazu, dass die Freiheit der Kommunen, die Selbstverwaltung, inzwischen ausgehöhlt ist. Es funktioniert eben nicht, wenn Sie versucht haben, unsere Ordnungsprinzipien beinahe vom Gegenteil her zu verwirklichen: Sie haben immer auf Staat statt Privatheit gesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein kommunalpolitischer Vorgänger, der jetzige Innenminister Dr. Wolf, hat Ihnen in der letzten Legislaturperiode immer wieder die Bereitschaft der FDP-Landtagsfraktion erklärt, gerade dort zu helfen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der will Ihren Posten, Herr Wolf!)

Dieses Angebot haben Sie stets ausgeschlagen. Sie haben die Kommunen weiter ungeniert am Gängelband einer kommunalfeindlichen Politik geführt. Dieses Gängelband haben Sie immer kürzer gefasst. Damit haben Sie uns ein schweres Erbe hinterlassen. Die neue Landesregierung hat sich deshalb mit ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass die Verteilung der finanziellen Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs transparenter, gerechter und planbarer gestaltet wird. Das setzen wir um.

Das GFG ist deshalb unter den Gesichtspunkten Transparenz, Gerechtigkeit und Planbarkeit, erweitert unter den Gesichtspunkten Ehrlichkeit und Bürokratieabbau fortentwickelt worden. Es enthält zahlreiche Änderungen, die die kommunale Selbstverwaltung stärken. Diese möchte ich noch einmal kurz skizzieren. Der Innenminister hat die Neuerungen im GFG ja bereits ausführlich dargestellt. Es sind sieben Punkte:

Erstens. Ableitung des Steuerverbundbetrages auf Basis des Ist-Steueraufkommens für den Referenzzeitraum vom 1. Oktober 2004 bis 30. September 2005. Das bedeutet zeitnahe Planungssicherheit im Haushaltsjahr.

Zweitens. Beibehaltung des Verbundbetrages mit 23 %. Das bedeutet Gerechtigkeit.

Drittens. Abbau der Befrachtung um fast 50 % auf 166 Millionen €. Das bedeutet Transparenz.

Viertens. Abschaffung zweckgebundener Zuweisungen aus dem GFG durch Verlagerung in den Landeshaushalt. Das bedeutet Stärkung der Eigenständigkeit.

Fünftens. Systemumstellung bei der Solidarbeitragsverteilung. Das bedeutet weniger Bürokratie.

Sechstens. Schwerpunktlegung der verteilbaren Verbundmasse mit über 85 % auf die Schlüsselzuweisung. Diese konsumtiven Gelder fließen damit direkt in die klammen Verwaltungshaushalte unserer Kommunen. Das bedeutet Stärkung kommunaler Selbstverwaltung.

Siebtens. Erhöhung der Sonderpauschalen auf 510 Millionen €. Bei der Schulpauschale werden erstmals 70 Millionen € als konsumtive Zuweisung ausgewiesen. Damit wird der Kritik des Landesrechnungshofes vollständig entsprochen. Das bedeutet Ehrlichkeit in der Mittelzuweisung.

Alle diese Änderungen begrüßt die FDP-Landtagsfraktion. Das GFG 2006 ist erster, allererster Balsam auf die finanziellen Wunden der Kommunen, ein erster Schritt in die richtige Richtung, ein erster Schritt in Richtung mehr Freiheit für unsere Kommunen. Allerdings werden uns ihre Altlasten noch lange weiter erheblich drücken.

Damit spreche ich die Kreditierung der Vorjahre in Höhe von 674 Millionen € an, die das Land den Kommunen in den Vorjahren gestundet hat. Die Rückzahlung dieser zinslosen Kredite ist dafür verantwortlich, dass die verteilbare Verbundmasse um 8,8 % geringer ausfallen muss als im Jahr 2005. Das ist schmerzhaft, aber unabweisbar. Ansonsten würden wir den Weg in den Verschuldungsstaat unbeirrt fortsetzen. Eine weitere Stundung verbietet sich.

Es stehen in diesem Jahr nur 5,8 Milliarden € für die gesamte kommunale Familie zur Verfügung. Deshalb sinkt auch die Investitionspauschale um 20 %. Auch das ist hart, aber ebenfalls notwendig.

Wir wollen die öffentlichen Haushalte konsolidieren und das Verschieben auf spätere Generationen beenden. Wir haben heute Morgen schon gehört: Jedes Neugeborene bekommt 9.100 € Schulden in die Wiege gelegt. Wenn Sie diesen Betrag einmal auf die Zahl der Neugeborenen im Jahr 2004 umrechnen würden – laut Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik waren das 158.000 –, dann kämen Sie auf einen Betrag von zwei Familienhäusern. Da ist das eine, was man später vielleicht einmal anstrebt, schon längst verfrühstückt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir die desaströse kommunale Finanzsituation nur durch eine durchgreifende Finanzreform dauerhaft in den Griff bekommen werden. Die unkalkulierbare Gewerbesteuer muss durch eine planbare Steuer ersetzt und die

Grundsteuer muss reformiert werden. Deshalb dürfen und werden wir die Gemeindefinanzreformdiskussion auch nicht in Zeiten besserer Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu den Akten legen. Wir haben gerade heute Morgen vom Innenminister gehört, dass nur 17 Kommunen eine schlechtere Finanzkraft für das Jahr 2006 gemeldet haben. Also: An der Stelle lassen wir uns nicht in Versuchung führen.

Nutzen wir die Zeit für Konzepte, wie wir die kommunalen Einnahmen verstetigen können. Ziel ist es, die kommunale Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und so die kommunale Selbstverwaltung wieder zu stärken.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte am Ende meiner Ausführungen ganz ausdrücklich dem Innenminister und dem Finanzminister danken. Das ist ein Paradigmenwechsel und schafft wirklich den Silberstreif am Horizont, auf den die Kommunen schon lange gewartet haben. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, nach nur neun Monaten mit einem sehr, sehr kritischen Haushalt einen solchen Weg zu beschreiten. Wir werden das draußen in den Diskussionen – es ist wiederholt von Podiumsdiskussionen usw. gesprochen worden – erklären. Ich freue mich darauf. Wir werden das nicht nur durchhalten, wir werden es erläutern. Sie werden sehen: Die Menschen gehen mit uns diesen Weg. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat für die Landesregierung Innenminister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jäger hat Recht: Die Beratungen zum Landshaushalt haben fünfeinhalb Stunden gedauert, dann hat der Präsident einen neuen Tagesordnungspunkt aufgerufen. Ich habe allerdings das Gefühl, dass die beiden Redner der Opposition sich nicht in die Rednerfolge heute Morgen haben einklagen können und das Ganze deswegen noch einmal aufgearbeitet haben.

(Widerspruch von der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Über das GFG habe ich wenig gehört. Ich will Ihnen aber gerne zurechnen, dass die von mir heute Morgen angesprochene desaströse Finanzlage der Kommunen Ausfluss Ihrer Finanzpolitik der letzten 39 oder der letzten zehn Jahre ist, je nachdem, auf wen man

da im Einzelnen schaut. Die katastrophalen Haushalte der Kommunen haben natürlich Sie zu verantworten.

Unsere Aufgabe war es, im Rahmen des Systems einen Wechsel herbeizuführen – im Rahmen des Systems heißt: Abhängigkeit der Gemeindefinanzierung vom Landeshaushalt. Dass wir das GFG auf neue Füße gestellt haben, dass wir trotz der Abhängigkeiten große Erfolge erzielt haben – Prinzip der Freiheit: wir haben 85 % in die Eigenverantwortung der Kommunen gegeben –, finde ich ganz beachtlich. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich an dieser Stelle ein bisschen für die von Ihnen ja so geschätzte und von mir sehr unterstützte kommunale Landschaft gefreut hätten.

Stattdessen Diskussionen über vermeintliche oder tatsächliche Ausgabenkürzungen im Landeshaushalt! Sie haben noch viel Gelegenheit, das in den Haushaltsplanberatungen zu diskutieren. Faktum ist, dass Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass wir an vielen Stellen, gerade im Bereich Kinder und Jugendliche, unsere Ausgaben verstärken. Ich denke an das, was sich im Bildungsbereich abspielt: an verdoppelte Sprachförderung und Ähnliches.

Ich will mich auf das GFG konzentrieren. Sie haben das eine oder andere angesprochen, allerdings mit einem Zungenschlag, Herr Jäger, der mich verwundert. Wann bitte schön, wenn nicht jetzt, hätten wir als neue Regierung denn den Referenzzeitpunkt ändern können? Sie hätten es 39 Jahre lang machen können. Sie haben es natürlich nicht getan.

Wir wollen Schluss machen mit der Achterbahnfahrt der Kommunalfinanzierung: immer mal ein bisschen zu viel, mal ein bisschen zu wenig – und in den nächsten Jahren in einem komplizierten Abrechnungssystem ausgleichen. Wir machen das jetzt sachgerecht, wir machen es transparent. Es war der erstmögliche Zeitpunkt für eine Änderung. Den haben wir genutzt – aus meiner Sicht auch sehr erfolgreich.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, der Abgeordnete Becker würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: In drei Gottes Namen! Bitte schön. Ja.

(Allgemeine Heiterkeit)

Horst Becker (GRÜNE): Das ist sehr liberal, Herr Minister. Ich frage Sie, ob Sie uns daran teilhaben lassen können, indem Sie aufzählen, wo die Stei-

gerungen im Kinder- und Jugendbereich sind, von denen Sie gerade gesprochen haben.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich hatte Ihnen eben schon gesagt, dass Sie sich daran noch in den Finanzberatungen der Ausschüsse abarbeiten können. Dass wir Tausende von neuen Lehrern eingestellt haben – im letzten Jahr 1.000, in diesem Jahr 1.000 –,

(Beifall von Walter Kern [CDU] – Widerspruch von SPD und Grünen)

dass wir – wie ich es eben schon sagte – die Sprachförderung verdoppelt haben, sind Punkte, die sich in ihrem Volumen – der Finanzminister hat es heute gesagt – sehr gut sehen lassen können. Wir haben also Schwerpunkte gerade im Bereich Kinder und Jugend gesetzt.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Zumindest Herr Becker hat sich mit dem Solidarbeitragsgesetz auseinander gesetzt. Ich habe noch sehr gut die Diskussionen im Ohr, die abliefern, wenn Sie in der Vergangenheit Änderungen im Rahmen der Kommunalfinanzierung vorgenommen haben. Da ist von Herrn Lux völlig sachgerecht vorgetragen worden, dass jede Änderung natürlich Auswirkungen hervorruft. Ich weiß zum Beispiel, dass Sie in der Vergangenheit die Freiraumpauschale abgeschafft haben. Da sind 40 oder 50 Bürgermeister gekommen, haben Ihnen gesagt: „Das hat Auswirkungen auf unseren Haushalt“, und dann haben Sie es einfach beschlossen.

Jetzt haben wir eine Änderung, die sehr sachgerecht ist. Sie führt nämlich dazu, dass gewerbesteuerstarke beziehungsweise ertragssteuerstarke Kommunen nicht mehr wie bisher einen Ausgleich bekommen. Das ist also an dieser Stelle ein Subventionsabbau. Die Kommunen, die in großem Umfang Gewerbesteuer einnehmen, bekommen keinen Ausgleich mehr.

Dann sagen Sie: Das geht nicht. Das wollen wir nicht. Das machen wir nicht mit. Das ist Ihr gutes Recht. Wenn Sie Änderungen vornehmen, muss es auch Veränderungen geben, die tragbar sein müssen. Ich glaube, dass es sich so einrichten lässt, wie ich es heute Morgen geschildert habe. Es gibt Kommunen, die aus eigener Kraft heraus so stark sind, dass sie nicht einmal mehr Schlüsselzuweisungen bekommen. Das ist richtig. Es gibt andere, bei denen sich die Stärkung der Finanzkraft auswirkt.

Meine Damen und Herren, zum Wettbewerb der Kommunen: Ich kann nur sagen, Herr Jäger, dass wir dabei vermutlich nie auf einen Nenner kom-

men werden – weder landespolitisch noch auf der kommunalen Ebene.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Sie wollen den Wettbewerb nicht. Wir wollen den Wettbewerb,

(Ralf Jäger [SPD]: Wir wollen den Wettbewerb! Sie nicht!)

weil in der Tat die Bereiche der Wirtschaft, der Bildung und der Sozialsysteme – gehen Sie nach Kanada; dort macht man mit großem Erfolg in den entsprechenden Staaten das Gesundheitswesen allein – auf Leistung und Wettbewerb ausgerichtet sind. Sie sind natürlich erfolgreicher als eine staatlich reglementierte Wirtschaft.

Insofern: Wenn Sie § 107 der Gemeindeordnung, der heute gar nicht direkt auf der Tagesordnung steht, ansprechen und diskutieren wollen, warten Sie noch ein Weilchen. Wenn wir den Reformentwurf zur GO vorlegen, können wir das in Ruhe diskutieren.

(Ralf Jäger [SPD]: Das machen wir dann, wenn wir das möchten! Genau dann!)

Ich möchte Ihnen die ganz klare Auskunft geben, weil Herr Becker das im Zusammenhang mit Gewerbesteuerumlagen und mit dem Haushalt 2007 angesprochen hat: Das machen wir wie bisher. Haushalte werden für ein Jahr beschlossen. Insofern werden wir uns – genauso wie Sie es früher immer getan haben – auf das beschränken, was gerade Thema ist, nämlich auf den Haushalt 2006. Damit liegen Ihnen die Regeln glasklar vor. An diese werden wir uns halten.

Wir wollen nicht vergessen, wenn wir über die Finanzlage der Kommunen sprechen, dass die positive Entwicklung der Einnahmen natürlich ein Stück durch die Kreditrückzahlung abgeschwächt wird. Ich stehe auch nicht an, Ihnen klar und deutlich zu sagen, dass ich Ihnen das auch in früheren Jahren vorhergesagt habe. Wenn die Kommunen nicht zur Zeit der Mindereinnahmen an den Mindereinnahmen partizipieren, holt sie das natürlich am Ende ein, weil sich das Land als Kreditgeber aufspielt. Das Geld muss dann hinterher natürlich zurückgezahlt werden. Das ist eine ganz normale buchhalterische Konsequenz. Ich sage Ihnen: Mit der Neuregelung des Referenzzeitpunktes werden wir eine Änderung herbeiführen, sodass wir in Zukunft eine klare und planbare Größe haben.

Das alles macht deutlich, dass wir uns nicht mit Zahlenakrobatik begnügen, sondern dass wir eine echte Neuregelung der Gemeindefinanzierung vornehmen. Wenn die Frage der Gemeindefinanz-

reform angesprochen wird, kann ich nur sagen, Herr Jäger: Sie haben das verhindert.

(Ralf Jäger [SPD]: Wie bitte?)

Sie haben auf Bundesebene den gemeinsamen Wunsch von FDP und CDU im Landtag nach einer Neuordnung der Gemeindefinanzierung unter Verzicht auf eine Gewerbesteuer mit Ihren Mehrheiten verhindert. Das ist eine andere politische Betrachtungsweise.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Wolf, das ist Kokolores!)

Ich sage Ihnen: Sie können über die Gewerbesteuer gern noch eine Weile reden; Sie werden immer wieder erleben, dass der Achterbahneffekt der Gewerbesteuer dazu führt, dass es für Kommunen in ihren eigenen Haushalten nicht die Planbarkeit gibt, die sie brauchen.

Lieber Herr Stahl, wir werden – so ist es immer verabredet gewesen – von unserer Seite aus stets Initiativen unterstützen, die darauf hinauslaufen, dass wir eine zukunftsgerichtete, planbare, auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen bekommen auf Grundlage einer Gemeindefinanzreform, wie wir sie uns vorstellen, das heißt ohne Gewerbesteuer.

(Ralf Jäger [SPD]: Ist das die Meinung der Landesregierung oder Ihre Meinung?)

Wenn es die Mehrheiten dafür auf Bundesebene noch nicht gibt, ist das bedauerlich. Am Ende wird es nur eine Verbesserung der Finanzlage der Kommunen dadurch geben, dass wir diesen Paradigmenwechsel durch eine echte Gemeindefinanzreform und natürlich auch durch eine wachstumsorientierte Politik in Nordrhein-Westfalen hinbekommen.

Eine Konsolidierung des Landeshaushaltes und der Gemeindehaushalte wird es nur geben, wenn dieses Land wieder wirtschaftlich nach vorne kommt. Dazu brauchen wir die zitierten Grundsätze „Privat vor Staat“ und „Erarbeiten und Erwirtschaften vor Verteilen“. Wir brauchen eine klare Positionierung mit dem Kompass auf Freiheit und Wettbewerb. Wir werden diesen Weg konsequent zum Nutzen des Landes und auch der Kommunen gehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Becker noch einmal zu Wort gemeldet.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Minister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mich nicht gemeldet, wenn Sie nicht anfangs gesagt hätten, Sie hätten von den Rednern der Opposition nichts zum GFG gehört. Dann haben Sie jedenfalls zu meinen Fragen, die ich sehr konkret an Sie gestellt habe, bis auf die Anmerkung, dass Sie 2007 erst im Jahr 2007 besprechen, nichts gesagt.

Erstens. Ihre Aussage „Privat vor Staat“, die wir oft genug gehört haben, ist keine hinreichende Einlassung zum GFG.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens. Alle kommunalen Spitzenverbände haben Ihre Aussagen zur Gewerbesteuer durch eigene Aussagen konterkariert:

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

mit nahezu einstimmigen Beschlüssen bis auf ein bis zwei Personen der FDP. Nicht einmal alle Personen der FDP haben dagegen oder mit Enthaltung gestimmt. Sie sind damit ganz allein, sozusagen Wolf allein zu Haus.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Allein auf weiter Flur! – Ralf Jäger [SPD]: Ingo allein zu Haus!)

Drittens. Sie sind also deswegen nicht kommunalfreundlich, sondern kommunalfeindlich, insbesondere wenn ich zur Kenntnis nehme, dass Sie meine Frage nicht beantwortet haben, wie Sie mit dem überschießenden Betrag aus dem Solidar Ausgleich umgehen, der sich durch die Umstellung der Systematik hin zur Gewerbesteuerumlage zwangsläufig bei steigenden Steuereinnahmen im Jahr 2006 ergeben wird.

Ich habe Ihnen gesagt: Angesichts der jetzt geschätzten Steuereinnahmen auf der Basis des Finanzministeriums ist das ein Betrag von bis zu 200 Millionen € in 2006. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie auch hinsichtlich des GFG 2006 sagen, wie das hinterher in die Gesamtverbundmasse eingerechnet wird. Wird es als Bestandteil dessen, was in Prozenten ausgerechnet wird, angesehen? Sind die 200 Millionen € für die Kommunen weg und dafür beim Land, oder wird es als Paket oben draufgepackt? – Darauf haben Sie keine Antwort gegeben.

Sie haben sich auch nicht dazu geäußert, dass die Systemumstellung zulasten der Kommunen eine Mindereinnahme von 149 Millionen € bedeutet.

Ich habe Sie dafür gelobt, dass die Referenzperiodenbetrachtung richtig ist. Aber ich sage Ihnen:

Wenn Sie das in dem Tal der Steuereinnahmen tun und es zu einer Mindereinnahme in der Höhe führt, dann hat das ein Geschmäcke. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie etwas dazu sagen.

Also, Verlässlichkeit bedeutet auch eine Aussage über die nächsten Jahre. Diese verweigern Sie. Verlässlichkeit bedeutet eine Aussage darüber, was mit dem überschießenden Betrag aus dem Solidarbeitrag geschieht, und Verlässlichkeit hätte auch bedeutet, den Kommunen bei dem Delta, das ich beschrieben habe, in diesem Jahr ein Stückweit entgegenzukommen. All das haben Sie nicht geleistet.

Insofern stelle ich fest: Sie haben sich zu den konkreten Fragen des GFG nicht geäußert. Nicht ich habe mich nicht dazu geäußert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Innenminister Wolf hat sich noch einmal gemeldet.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Damit Herr Becker nicht traurig ist, möchte ich es noch einmal deutlich machen. Zu Ihren allgemeinen Ausführungen zum Thema kommunale Spitzenverbände möchte ich nichts sagen. Es gibt jede Menge Beschlüsse auch auf anderer Ebene. Es gab auch Landesregierungen, die das wollten. Die Frage, ob kommunale Spitzenverbände damit einverstanden sind, ist nicht immer automatisch die entscheidende Frage. Es kommt vielmehr darauf an, was am Ende richtig ist, und dafür muss man sich mit allen und nicht nur mit den kommunalen Spitzenverbänden auseinander setzen. Denn es gibt noch eine ganze Reihe anderer Beteiligter.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es lebe die Selbstherrlichkeit!)

Die zunächst einmal sehr spannende Frage zur Gewerbesteuerumlage 2007, die Sie gestellt haben, habe ich Ihnen beantwortet. Das Ganze hat immer einen gewissen Zeitlauf. Wir werden natürlich keine Aussagen zum GFG 2007 machen, aber eine Zuführung von vermeintlich zu viel gezahlter Gewerbesteuerumlage zum Steuerverbund findet nicht statt. Eine solche Zuführung ist daher im Gesetzentwurf auch nicht zu finden. Deswegen ist Ihre ganze Aufregung hier umsonst.

Den Kommunen wird an dieser Stelle nichts genommen. Die Kommunen werden letztlich das bekommen, was ihnen zusteht. Ich habe noch einmal sehr deutlich gemacht, dass wir in der Vergangenheit die Situation vorfanden, dass den Kommunen im Laufe eines Jahres aufgrund eines

beschlossenen GFG Leistungen zugeflossen sind, die ihnen hinterher wieder abgezogen werden mussten. Das heißt, sie hatten ständig das Problem, dass sie mit einem großen Nachlauf erst wussten, was ihnen am Ende eines Jahres zu steht.

Wir kommen jetzt durch den sehr viel zeitnäheren Referenzzeitpunkt in ein höheres Maß an Vorausehbarkeit, wobei völlig klar ist, dass am Ende natürlich das zählt, was in dem jeweiligen Jahr tatsächlich anfällt. Wir haben nun einmal die Situation, dass wir mit Haushaltsplänen arbeiten. Sowohl im Landeshaushalt als auch beim GFG sind das Planzahlen. Da wird jedenfalls keine Ungerechtigkeit vorgenommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar erstens über das **Haushaltsstrukturgesetz 2006 Drucksache 14/1000** und die **mittelfristige Finanzplanung**, die Sie in der **Vorlage 14/190** finden. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Haushaltstrukturgesetzes 2006 und der mittelfristigen Finanzplanung an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Denn sonst hätten wir diesen Unterausschuss nicht. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über das **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006 Drucksache 14/1102**, also über das eben schon einmal apostrophierte GFG. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und mitberatend an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturenreform**. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben damit Tagesordnungspunkt 2 – etwas zügiger als in der Tagesordnung vermerkt – erledigt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Für heute!)

Ich rufe auf:

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme von Aussiedlern, Flüchtlingen und Zuwanderern (Landesaufnahmegesetz – LAufG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/964

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Generationen,
Familie und Integration
Drucksache 14/1199

zweite Lesung

Eine Beratung ist hierzu heute nicht vorgesehen.

Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Das scheint einstimmig zu sein. Ich mache die Gegenprobe. – Niemand meldet sich. Enthaltungen? – Die gibt es auch nicht. Also, in der Tat ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1199** damit einstimmig **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

4 Gesetz zur Neuordnung der Finanzierungsbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Neufin SchKG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1149

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfes erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe